

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 3 März 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Frauen brauchen Chancengleichheit

In dieser Ausgabe:

„Männerrechtler“:
Geschlechterrolle rückwärts

Polizeieinsatz in Afghanistan:
Reflexionen einer Fahrt bis zum
Hindukusch

Einsatzauswertung:
Nach dem „CASTOR“ ist vor dem „CASTOR“

GdP-Service:
Die GdP – Wer ist wo und wie zu finden?

Junge Gruppe (GdP)

Geschlechterrolle rückwärts

Antifeministische Männerrechtler wittern überall männliche Benachteiligungen und wenden sich gegen „staatlich verordnete“ Gleichstellungspolitik. Schluss müsse sein mit der „organisierten Besserstellung“ der Frau.

S. 16

Reflexionen nach einer Fahrt bis zum Hindukusch



Die deutsche Polizei ist seit 2002 in Afghanistan engagiert. Diese Auslandsverwendung ist nicht unproblematisch, aber in vielerlei Hinsicht beispielhaft.

S. 22

Die GdP – Wer ist wo und wie zu finden?

Die Erreichbarkeit des GdP-Bundesvorstandes und aller GdP-Landesbezirke und -Bezirke auf einen Blick.

S. 34

AKTUELL	2
KURZ BERICHTET	3
KOMMENTAR Ziviler Ungehorsam – militante Gewalt	4
FORUM	4/5
TITEL/FRAUEN BRAUCHEN CHANCENGLEICHHEIT	6
Frauenquote – Quotenfrauen	8
Gleichheit oder Differenz – ist das die Frage?	10
Frauengruppe (Bund) – Motor in Sachen Gleichstellung	15
„MÄNNERRECHTLER“ Geschlechterrolle rückwärts	16
FRAUENGRUPPE (BUND) Häusliche Gewalt in der polizeilichen Arbeit	20
POLIZEIEINSATZ IN AFGHANISTAN Reflexionen nach einer Fahrt bis zum Hindukusch	22
EINSATZAUSWERTUNG Nach dem „CASTOR“ ist vor dem „CASTOR“	28
POLIZEIBERATUNG Polizeitipps, die sich klicken lassen	30
VERKEHRSGERICHTSTAG 2011 Keine Toleranz bei Drogenfahrten	31
DIE GDP – Wer ist wo und wie zu finden?	34
MOSAIK	36
JUNGE GRUPPE (GDP)	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



„Bündnis gegen Rechts“: Von Distanzierung zur Gewalt war in Dresden nichts zu spüren

Zu schweren Ausschreitungen kam es anlässlich genehmigter Demonstrationen Rechtsextremer am 19. Februar in Dresden. Mehrere tausend gewaltbereiter Linksextremisten durchbrachen Polizeiketten, bewarfen die Einsatzkräfte mit Flaschen, Pflastersteinen und Feuerwerkskörpern, demolierten Fahrzeuge und steckten Barrikaden in Brand. „Bei dem Versuch, beide politischen Lager auseinanderzuhalten, wurden 82 Kolleginnen und Kollegen verletzt, sieben davon schwer. Die Polizei nahm 78 Personen fest und erstattete 60 Strafanzeigen wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und anderen Straftaten.“

Nach einem juristischen Tauziehen hatte das Dresdner Verwaltungsgericht die Pläne von Stadt und Polizei durchkreuzt und den Neonazis erlaubt, an drei unterschiedlichen Orten in Dresden aufzumarschieren, anstatt zu einer gemeinsamen Veranstaltung verpflichtet zu werden. Zudem hatte das Verwaltungsgericht in mehreren Entscheidungen mit ungewöhnlicher Schärfe die Polizei verpflichtet, das Demonstrationsrecht der Rechten zu schützen. Bereits im Jahr zuvor war aus dem gleichen Anlass, dem Gedenken an die Bombardierung Dresdens, den Neonazis aufgrund von Massenblockaden die Durchführung ihres Aufmarsches von der Polizei untersagt worden. Das Gericht



hat der Polizei daraufhin vorgeworfen, sie habe es rechtswidrig unterlassen, durch Einsatz geeigneter polizeilicher Mittel den Aufzug der Rechten zu gewährleisten, und sie dadurch in ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit verletzt. Auf einen polizeilichen Notstand dürfe sie sich nicht berufen. Um dieser Verpflichtung angesichts der zu erwartenden immensen Übermacht

GdP-Besuch bei der Einsatzleitung in Dresden: Polizeipräsidenten Dieter Hanitsch gibt dem GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut – hier in Begleitung des stellvertretenden Kreisgruppenvorsitzenden der PD Dresden, Lutz Schiefner und des GdP-Landesvorsitzenden Hagen Husgen – einen Überblick über die aktuelle Einsatzlage.
Foto: Rüdiger Holecek



Foto: Jan Woitas/dpa

Selbst erfahrene Einsatzkräfte zeigten sich erschüttert von der Brutalität, mit der Gewalttäter in Dresden anlässlich einer Demonstration gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten gegen Polizisten vorgingen.

an Gegendemonstranten überhaupt nachzukommen zu können, hatte die Polizeidirektion Dresden noch bis in die späten Abendstunden des Vortages zahlreiche Versuche unternommen, die genehmig-

ten Aufzüge der Rechten auf einen Platz zu konzentrieren, um sie von den Gegendemonstranten zu trennen. Auch darauf ließ das Verwaltungsgericht sich nicht ein und brachte die Polizei in eine verfahrenere Situation. Hagen Husgen, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Sachsen: „Während bis zu den Mittagsstunden lediglich einige Hundert Rechtsextreme in der Stadt gezählt wurden, strömten Tausende von Gegendemonstranten, darunter rund 3.000 autonome Gewalttäter, auf allen Zufahrtswegen in die Stadt. Teilweise wurden Busse noch auf der Autobahn verlassen, um an polizeilichen Kontrollpunkten vorbei in die Stadt einsickern zu können.“ GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Unsere Befürchtungen sind übertroffen worden. Die angeblich gewaltlosen Gegendemonstranten haben sofort und mit brutaler Härte die Polizei angegriffen.“ Die Vertreter eines breiten Bündnisses „gegen Rechts“, darunter Politiker und Gewerkschafter hatten immer den friedlichen Charakter ihrer geplanten Aktionen betont. Ein Einsatzbeamter aus Berlin: „Immer wenn von Gewaltlosigkeit die Rede ist, müssen wir uns warm anziehen.“ hol.



GDP-PRESSEKONFERENZ:

Sicherheitsgewinn ist nicht absehbar

Nach eingehender Prüfung der „Werthebach-Vorschläge“, die eine Fusion von Bundespolizei und Bundeskriminalamt vorsehen, hat die GdP auf ihrer Pres-



Josef Scheuring (l.), Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut und der Vorsitzende des GdP-Bezirks BKA (r.), Jürgen Vorbeck

Foto: Zielasko

sekonferenz am 3. Februar 2011 in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle Bundesinnenminister Thomas de Maizière aufgefordert, die Pläne zu begraben und die Diskussion zu beenden. Der GdP-Bundesvorsitzende verwies insbesondere auf die sachlichen Einwände von Sicherheitsexperten, Personalvertretungen, Landesinnenministern und ehemaligen BKA-Präsidenten. Das Vorhaben des Bundesinnenministers, so Witthaut weiter, rufe erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken hervor. Sowohl die Bestandsaufnahmen als auch die Schlussfolgerungen der Werthebach-Kommission seien höchst umstritten und: „Ein Sicherheitsgewinn ist nicht absehbar.“

Sachlich, klar und konstruktiv kritisierten auch Josef Scheuring, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, und sein GdP-BKA-Amtskollege Jürgen Vorbeck (r.) die „Werthebach-Visionen“ im Detail und setzen sich damit auseinander, dass ganz wesentliche Sicherheits-Aspekte überhaupt nicht betrachtet wurden.

Die Ausführungen sind im Detail unter dem Menüpunkt Nachrichtenübersicht der Infothek unter www.gdp.de zu finden.

red.

TARIFVERHANDLUNGEN:

GdP empört über Arroganz der Arbeitgeberseite

Als arrogant hat der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut die Reaktion der Arbeitgeberseite auf die Forderungen der Gewerkschaften in der 1. Runde der Tarifverhandlungen für die rund 700.000 Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder (ohne Hessen und Berlin) am 4.2.2011 bezeichnet. Hartmut Möllring hatte als Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die moderaten Forderungen der Gewerkschaften nach einem Sockelbetrag von 50 Euro plus drei Prozent mehr Gehalt schroff als viel zu hoch abgelehnt.

Die gute konjunkturelle Lage und der jetzt schon spürbare Mangel an Fachkräften im öffentlichen Dienst, argumentiert die GdP, würden von den Arbeitgebern völlig negiert. Die soziale Lage der Polizeibeschäftigten in den Ländern habe sich in den vergangenen Jahren hingegen kontinuierlich verschlechtert: „Weniger Geld, weniger Polizei, mehr Arbeit und mehr Belastungen lassen den Polizeiberuf immer unattraktiver werden.“

Die GdP, ver.di, GEW und der dbb-tarifunion reklamieren einen erhöhten Nachholbedarf bei den Einkommen der Länderbeschäftigten, nach, so Bernhard Witthaut, „... Jahren der Einsparungen und Restriktionen“.

Witthaut: „Auch die Zurückweisung unserer Forderung nach Übernahme der Auszubildenden zeigt, was von demerede über die Sorge um künftige Generationen zu halten ist.“

In einigen Ländern gibt es bereits Aktionen gegen die starre Arbeitgeberhaltung. Am 15.2.2011 setzten sich z. B. in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) am Nachmittag ca. 200 Gewerkschafter mit ihren Autos in Richtung Innenstadt in Bewegung. Neben der GdP waren Mitglieder der GEW, von ver.di und der dbb-Tarifunion, dabei. Kurz vorher hatte der GEW-Landesvorsitzende, Thomas Lippmann, mit eindrucksvollen Fakten die Forderungen zur Tarifrunde untermauert.

red./Jens Hüttich

NIEDERSACHSEN:

Neuer GdP-Landesvorsitzender



Dietmar Schilff

Auf dem Außerordentlichen Delegiertentag am 27.1.2011 wurde Dietmar Schilff mit 94,6 % der Delegiertenstimmen zum neuen Landesvorsitzenden der GdP Niedersachsen gewählt. Er tritt die Nachfolge von Bernhard Witthaut an, der im November 2010 zum GdP-Bundesvorsitzenden gewählt worden war.

U. a. äußerte Dietmar Schilff in einem ersten Statement: „Für mich steht im Vordergrund, dass die Menschen, die die Organisation Polizei bilden und für die gute Arbeit im Bereich der Inneren Sicherheit verantwortlich sind, wieder mehr Wertschätzung und auch Gerechtigkeit erfahren. Dabei darf kein Bereich vergessen werden. Polizeiliche Arbeit ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Tarif, Verwaltung und Vollzug.“

red.



Ziviler Ungehorsam – militante Gewalt

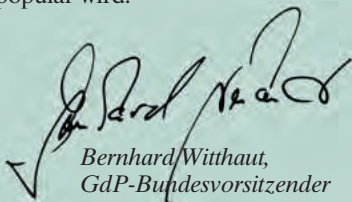
Blutige Straßenschlachten zwischen linken und rechten Extremisten haben Deutschland schon einmal heimgesucht. Das Ergebnis hat die Welt in ein Chaos gestürzt. In Dresden haben am 19. Februar tausende junger Demokraten unter Einsatz von Gesundheit und Leben versucht, solche Straßenschlachten zu verhindern. 50 von ihnen wurden verletzt. Vergolten wird ihnen das von gewählten Volksvertretern, Persönlichkeiten des

öffentlichen Lebens und – leider auch von Gewerkschaftsvertretern – mit Verunglimpfungen. Die Rede ist von rund 4.500 Kolleginnen und Kollegen aus den Länderpolizeien und der Bundespolizei. Und die Rede ist – wieder einmal – von Bundestagsvizepräsident Thierse (SPD).

Thierse, hatte in mehreren Fernsehinterviews behauptet, in Dresden sei der Eindruck entstanden, die Polizei schütze das Demonstrationsrecht von Rechtsextremisten stärker als das Recht der Gegendemonstranten. Er ist der in seinem Amt wohl exponierteste Vertreter einer Anzahl von Volksvertretern, überwiegend der Linkspartei, die von „friedlichen Blockaden“ und „zivilem Ungehorsam“ fabulieren.

Die 4.500 Demokraten, kamen in Dresden ihrem gesetzlichen Auftrag nach, das Demonstrationsrecht zu gewährleisten und die Meinungsfreiheit zu verteidigen. Zugleich mussten sie die Stadt und ihre Bewohner schützen, aber auch die Linksextremisten und Rechtsextremisten voreinander. Dafür wurden sie mit Flaschen, Pflastersteinen, Feuerwerkskörpern beworfen, getreten und geschlagen. Wenn sie, ihrem gesetzlichen Auftrag folgend, Gewalttäter festnahmen, versuchten ihnen Personen die Arbeit zu erschweren, die Westen mit dem seltsamen Schriftzug „Parlamentarische Beobachter“ trugen und in denen Abgeordnete steckten.

Die 4.500 Demokraten sind wieder zu Hause und haben inzwischen andere Einsätze erlebt oder in ihren Uniformen den Rücken für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger im täglichen Kampf zur Aufrechterhaltung von Recht und Gesetz, Ordnung und den Regeln in einer mehr und mehr aus den Fugen geratenen Zivilgesellschaft hingehalten. Diese überwiegend jungen Demokraten sind zur Polizei gegangen, weil sie überzeugt davon sind, dass in einem demokratischen Rechtsstaat niemand wegen einer anderen politischen Auffassung verprügelt werden darf, niemand das Recht hat, dem anderen die freie Meinung zu verbieten. Sie büffeln in ihrer Ausbildung Staats- und Verfassungsrecht, lernen Gesetze und studieren das parlamentarische System. An sehr hoher Stelle dieses Systems, das die Gesetze erlässt und das die Verfassung verteidigen soll, steht der Bundestagsvizepräsident. Er repräsentiert ein System, das es nicht schafft, den organisierten Rechtsextremismus zu verbieten und sich auch nicht mehr die Mühe macht, es erneut zu versuchen. Am 1. Mai vergangenen Jahres setzte er sich lieber vor Polizeibeamten medienwirksam auf die Straße, um eine ebenfalls genehmigte Demonstration von Neonazis zu verhindern. Auch hier fabuliert er von „zivilem Ungehorsam.“ Dieser „zivile Ungehorsam“ ist mittlerweile das Synonym für den Anspruch, alles mit allen Mitteln zu bekämpfen, was nicht in den eigenen Kram, in die eigene politische Richtung oder das politische Vermögen passt. Seien es Bauprojekte, Atommüll-Transporte, Eigentumsverhältnisse. Dem „zivilen Ungehorsam“ macht es offenbar auch nichts aus, wenn er mit militanter Gewalt ausgeübt wird. Die 4.500 Polizeibeamtinnen und -beamten jedenfalls haben in Dresden ein Bekenntnis zur Demokratie abgelegt, wie sie es in ihrem täglichen Dienst immer tun. Auch wenn es offenbar unpopulär wird.



Bernhard Witthaut,
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Sicherheit in Deutschland – eine bedrohte Art?, DP 2/11

Mir drängt sich die Frage auf: Sind diese Reformer alles selbst ernannte Fachleute, Krimileser, Krimifilmemacher und Personenschnitzer? Weiter so, dann regiert das Verbrechen unser Land. Ich hoffe, dass diese Fachleute wissen was es heißt: Es ist schon 1 Uhr (mit der Sicherheitslage).

E. Sussiek, per E-Mail

Zu: Jung, männlich, alkoholisiert und häufig nicht deutsch, DP 1/11

Ihre Gewaltstudie habe ich mit großem Interesse gelesen, da ich diesen Trend, besonders von den nicht Deutschen (= Ausländern) ausgehend, bereits vor 18 Jahren erkannt habe. Diese Erkenntnis hatte ich damals, zurzeit von Lichterketten und Festen für Ausländer, einem Redakteur einer lokalen Tageszeitung gegenüber geäußert. Aber damit hatte ich gleich in einen „Fetttrog“ getreten mit der Folge, dass ich mich am nächsten Tag mit meinen „ausländerfeindlichen Äußerungen“ als Polizeibeamter in der besagten Zeitung zitiert fand. Meine politischen Vorgesetzten überschlugen sich, mich sofort zu suspendieren.

Ausländerfeindlich sollten meine Äußerungen gewesen sein. Dabei halte ich diese Bezeichnung für das Unwort des Jahres! Welcher Deutsche ist denn „ausländerfeindlich“??? Wer hat etwas gegen Schweizer, gegen Dänen, Italiener, Amerikaner, Kanadier, Chinesen, usw. usw.? Auch gegen Afrikaner, Türken oder allgemein gegen Islamisten würde niemand etwas haben, wenn sie denn den deutschen Staat und dessen Gesetze akzeptieren und einhalten würden, was leider, wie Sie in Ihrer Studie ja belegt haben, und ich schon mindestens seit 18 Jahren weiß, in auffallend häufigen Fällen nicht der Fall ist. Warum prägt man für diese Leute dann nicht den treffenden Begriff „Deutschfeinde“? Halten wir unsere Migranten immer noch für „heilige Kühe“, von denen man nur positiv sprechen und im Gegenzug diese Leute einen Deutschen mit „Nazi“ oder sonstigen Beleidigungen betiteln darf? *Heinz Wolff, per E-Mail*

Zu: Anzeige DIE LINKE, DP 2/11

Prinzipiell ist gegen Werbung in einer Gewerkschaftszeitung sicherlich nichts einzuwenden. Allerdings hat es mir die Sprache verschlagen, als ich in der Februarausgabe



eine Anzeige der Bundestagsfraktion „Die Linke“ zur Kenntnis nehmen musste. Wie kann man einer vom Verfassungsschutz beobachteten und zum Teil Gewalt gegen Polizeibeamte rechtfertigende Partei, die auch oftmals nicht bereit ist sich von radikalen Linken zu distanzieren, nur ein solches Forum bieten!

Als Mitglied des Deutschen Bundestages und Polizeibeamter erlebe ich die verbalen Entgleisungen der Linken tagtäglich und ärgere mich über abfällige Äußerungen gegen unseren Staat und seine Instanzen.

Jürgen Herrmann, MdB

Zu: Ausgewogene Forderung, DP 1/11

Fakt ist, dass die Polizei außer mit ständigen Abzügen und Streichungen auch einmal für ihre außergewöhnlichen psychischen und physischen Anstrengungen belohnt sein will. Für dieses wichtige Ziel bedarf es aber einer erkennbaren wilden Entschlossenheit! Ich als Pensionär darf auch daran erinnern, dass bekanntermaßen seit 2001 vor allem die vorher der allgemeinen Entwicklung angepassten Pensions-Bezüge aus dem Ruder laufen und die Empfänger sozial schwächen. Besonders zwingen einen die Krankenkosten in die Knie. 2010 betrug z.B. bei mir die Gesamt-Krankenkosten zweieinhalb Netto-Monatsgehälter. Rechnet man die allgemeinen Kostensteigerungen hinzu (Miete, Nebenkosten, Energiekosten, Unterhalt für altes Auto, Versicherungen) besteht am Ende wenig Unterschied zu dem Resteinkommen eines Hartz IV-Empfängers. Auch möchte ich daran erinnern, dass es noch ältere Pensionäre gibt, die nur mit A8/A9 entlassen wurden!

Es gibt also genügend Gründe dem lächerlichen Angebot des Herrn Möllring hart entgegen zu treten!

Erich Nährbaß, Elsdorf

Zu: Neue Welten mit Deliktpotenzial, DP 2/11

Mit Kopfschütteln habe ich als Computersachbearbeiter den 6 Seiten langen Artikel zum „Gamecrime“ gelesen. Krampfhaft wird versucht, nunmehr auch Handlungen in virtuellen Welten zu kriminalisieren. Hat früher jemand die Polizei gerufen, wenn beim „Mensch ärger dich nicht“ ein Mitspieler „geschummelt“ hat? Wohl kaum; heute sollen die Kollegen ernsthaft Strafanzeigen

wegen gestohlener Zauberschwerter, Dra-chentaler, oder Feenschühchen in einem Onlinegame aufnehmen und ein Sachbearbeiter muss sich auch noch mit so einem Unsinn befassen. Danach auch noch in echt – nicht virtuell – Statistik und dann ab zur Staatsanwaltschaft – zur Verfahrenseinstellung – (hoffentlich).

Man muss auch mal die Kirche im Dorf lassen. Wer echtes Geld für virtuelle Dra-chentaler ausgibt, statt sich die Sachen fair zu erspielen, sollte hinterher nicht jammern und zur Polizei laufen, um virtuelle Verluste in echte Vermögensdelikte zu verwandeln.

Man sollte lieber eine Aufklärungskampagne machen, damit Kinder und Jugendliche verstehen, was ein Spiel ist und was zur Realität gehört.

Jürgen Wiedelmann, per E-Mail

Zu: Mit leerem Magen die politische Suppe ausgelöffelt, DP 12/10 + Leserbrief des Kollegen Singer, DP 1/11

Der eigentliche Skandal dieser menschenverachtenden Führung beim Castoreinsatz 2010 liegt darin, dass unverantwortlich lange Einsatzzeiten oder Schwierigkeiten bei der Versorgung von Einsatzkräften vorhersehbar waren. Von allen wiederkehrenden Einsatzen ist der Castoreinsatz der am besten planbare. Im politischen Kontext von Laufzeitverlängerung und Stuttgart 21 war der Massenprotest verwertbar. Einsatzzeiten von teilweise über dreißig Stunden wären mit einem größeren Personalansatz zu verhindern gewesen.

Seit dreißig Jahren blockiert die Bäuerliche Notgemeinschaft mit ihren Traktoren die Wege rund um Gorleben. Bereits im ersten Semester Einsatzlehre lernen wir, dass man auf solche Lagebedingungen mit antizipativen Entscheidungen reagieren muss. Blockadeaktionen sind überhaupt keine Entschuldigung für die katastrophale Versorgung der Einsatzkräfte.

Die massiven beamtenrechtlichen Verstöße des Polizeimanagement müssen disziplinarrechtlich geahndet werden. Ich werde mich in Zukunft stärker mit den Möglichkeiten des Beratungs- und Demonstrationsrechtes beschäftigen sowie mit der Frage, ob unter solchen rechtswidrigen Einsatzbedingungen meine beamtenrechtliche Folgepflicht noch greift.

Martin Herrnkind, Lübeck

Zu: Verständlich, DP 2/11

Ob sich der Herr Minister Ramsauer darüber im Klaren ist, das er damit in „diesem Deutschland“ sein Ministeramt riskiert?

Da er aber parteipolitisch der CSU angehört, muss er nicht mit einem Parteiausschlussverfahren rechnen wie andere DEUTSCH denkenden Menschen. (z. B. Thilo Sarrazin.)

Und damit komme ich auch gleich auf die Titelseite der Februar-Ausgabe: Sicherheit in Deutschland – eine bedrohte Art?

Wieso fällt gerade jetzt mein Blick auf das Bücherregal neben dem Herrgottswinkel in meinem Zimmer.

Ein Buch mit rotem Umschlag.

Deutschland schafft sich ab.

Wilfried Reiter, Kreisgruppe Hochtaunus

Richtigstellung zu: 5. Offenes Motorradtreffen, DP 2/11

Leider haben sich zwei Fehler in den Beitrag eingeschlichen. Hier die korrekten Angaben:

Folgende Termine stehen zur Auswahl: 27.-29. Mai 2011 (Anmeldeschluss: 15.4.2011) und 19.-21. August 2011 (Anmeldeschluss: 10.7.2011)

Detlef Schöne ist erreichbar unter der Telefonnummer 0160-6654514.

Die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



Der Internationale Frauentag jährt sich 2011 zum 100. Mal: Am 27. August 1910 beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, an der mehr als 100 Delegierte aus 17 Ländern teilnahmen, auf Initiative der deutschen Sozialistin Clara Zetkin die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages.

Nicht erst seit diesem Tag treten viele Frauen auf der ganzen Welt mutig für ihre Rechte ein – bis heute geht es oft noch um grundlegende Gleichberechtigung und generelle Chancengleichheit.

Dass es mit der Chancengleichheit in Deutschland bergauf geht – wenn auch bedächtig –, ist sicher unbestritten. Dass wir allerdings diese Frage als erledigt betrachten können, ebenso. Daher widmet sich auch unsere Zeitung permanent diesem Thema.

Speziell aus Anlass des Frauentages haben wir diesmal einen Autoren und zwei Autorinnen gebeten, ihre Sicht auf ganz spezielle Aspekte der Gleichbehandlung und Chancengleichheit zu werfen:

Der Journalist und Politikwissenschaftler Thomas Gesterkamp beschäftigt sich mit dem aktuellen Sachverständigenbericht in Vorbereitung des Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. In einem zweiten Artikel widmet er sich verschiedenen – oft problematischen – Männerzusammenschlüssen, die sich in der gegenwärtigen Gleichstellungsdebatte offenbar „untergebuttert“ fühlen.

Frau Dr. Lukoschat, Geschäftsführerin der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft beleuchtet das Für und Wider von Frauenquoten und die Soziologin Prof. Dr. Sylvia Marlene Wilz wirft einen Blick auf Gleichheit und Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern in der Polizei. Worin die Frauengruppe (Bund) der GdP gegenwärtig ihre Schwerpunkte sieht, darüber gibt deren Vorsitzende Dagmar Hölzl darüber hinaus in einem Interview Auskunft.

Frauen brauchen Chancengleichheit

Zum Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

Gleiche Chancen für Frauen und Männer – das ist das Ziel des ersten Gleichstellungsberichts, den die Bundesregierung in diesem Sommer verabschieden will. Ein jetzt vorgelegtes Gutachten macht dazu Vorschläge – und zeigt Versäumnisse der schwarzgelben Koalition auf.

Von Thomas Gesterkamp

„Der Gleichstellungspolitik in Deutschland mangelt es trotz erheblicher Fortschritte in den letzten Jahren an einem gemeinsamen Leitbild“, lautet das Urteil einer Forschungsgruppe unter Leitung der Essener Volkswirtin Ute Klammer. Im Sommer 2008 hatte die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen

(CDU) ein interdisziplinär zusammengesetztes Team von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beauftragt, eine Bestandsaufnahme zum Thema zu erstellen. Ende Januar sollte der Bericht ihrer Nachfolgerin überreicht werden, doch Kristina Schröder überließ es ihrem Staatssekretär Hermann Kues, das



FRAUENPOLITIK

Gutachten der Sachverständigen entgegenzunehmen. Aus gutem Grund, liest sich der Inhalt doch wie eine Ohrfeige für die amtierende Bundesregierung – und die „Handlungsempfehlungen“ wie ein Forderungskatalog aus den Reihen der Oppositionsparteien.

„Eine Politik, die auf eine wirkliche Chancengleichheit abzielt“, müsse „eine klare Richtung aufzeigen“, mahnt das Gutachten. Die staatlichen Rahmenbedingungen kritisiert die Kommissionsvorsitzende Klammer als „desaströs“. Vor allem die „gegenwärtige Minijobstrategie“ entfalte eine Wirkung, die dem Ziel gleicher Chancen für beide Geschlechter

Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung: v. l. n. r.: Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, Prof. Dr. Cornelia Helfferich, Prof. Dr. Martina Stangel-Messeke, Prof. Dr. Margarete Schuler-Harms, Prof. Dr. Gerhard Bosch, Prof. Dr. Ute Klammer

Foto: Ruprecht Stempell



zuwiderlaufe. Die weibliche Erwerbsquote sei in (West)Deutschland zwar gestiegen, das Arbeitszeitvolumen der Frauen aber insgesamt rückläufig. Der Grund: Viele Arbeitnehmerinnen arbeiten Teilzeit oder gar nur wenige Stunden pro Woche.

Anreize beseitigen

Die staatliche Subventionierung der Beschäftigung unter 400 Euro monatlich durch reduzierte Sozialbeiträge hält der Bericht für „wenig zukunftsweisend“. Die Expertenrunde rät, „neben einem Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder die besonderen Anreize für geringfügige Arbeit im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht zu beseitigen“. Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP steht das genaue Gegenteil: Schwarzgelb will die Förderung der Minijobs weiter ausbauen.

Ähnlich große Differenzen finden sich in anderen Themenfeldern. Das Ehegattensplitting, moniert die Kommission, begünstige Paare mit einem (männlichen) Hauptverdiener, zudem seien Ehefrauen beitragsfrei in der Krankenkasse ihres Partners versichert. Das motiviere verheiratete Frauen kaum, eigenes Geld zu verdienen. An diesen Regelungen etwas zu ändern, hat sich allerdings noch keine Bundesregierung getraut: Auch unter Rotgrün wurde an der Unterstützung des alten Familienernährer-Modells nicht gerüttelt.

Die Expertise verweist zudem darauf, dass das Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen in Deutschland mit rund 23 Prozent extremer ausfällt als bei fast allen europäischen Nachbarn. „Frauen haben ein mehr als doppelt so hohes Risiko wie Männer, niedrig entlohnt zu werden.“ Zwei Drittel aller Niedriglöhner seien weiblich, Stundenlöhne unter fünf oder sechs Euro keine Seltenheit. „Angesichts des hohen Anteils gering bezahlter Frauen“ sei die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns „unverzichtbar“, so die Expertin. Genau dagegen aber sperrt sich seit Jahren die Bundesregierung – und hier vor allem der Koalitionspartner FDP.

Streit um die Quote

Es gebe inzwischen mehr Frauen in Führungspositionen, gesteht das Forschungsteam zu. Bei den börsennotierten DAX-Unternehmen liege der Anteil aber

immer noch bei gerade mal 3,2 Prozent. Das Gutachten empfiehlt deshalb die Einführung einer „Geschlechterquote“ in den Aufsichtsräten. Diese Idee machte sich kurz nach der Veröffentlichung des Berichts auch die ursprüngliche Auftraggeberin, die ins Arbeitsministerium gewechselte Ursula von der Leyen, zu eigen.

Zunächst sah das ganz nach einem neuen Coup der CDU-Politikerin aus. Wie schon beim Thema Elternzeit und Vätermonate überraschte sie die Opposi-

Im öffentlichen Dienst besteht ein besonderer Bedarf, Vorgesetzte im Hinblick auf geschlechtergerechte dienstliche Beurteilungen zu schulen und zu sensibilisieren, um eine Benachteiligung von Frauen in Teilzeitarbeit und mit Unterbrechungsphasen im Hinblick auf Beförderungen zu vermeiden. Die Förderung der Gleichstellung sollte in der Leistungsbeurteilung von Führungskräften berücksichtigt werden.

Aus: Neue Wege – Gleiche Chancen, Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf, Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

tion mit „feministischen Ideen“. Dreißig Prozent der Spitzenpositionen wollte sie für Frauen reservieren. Die freiwillige Selbstverpflichtung der Firmen, vor zehn Jahren unter ihrer Vorgängerin Christine Bergmann (SPD) vereinbart, habe nicht funktioniert – nun müsse, wie in Norwegen oder Frankreich, ein Gesetz her.

Von der Leyen ging damit in Konfrontation zu ihrer Nachfolgerin im Frauen- und Familienressort, Kristina Schröder, die lediglich eine vage „Flexi-Quote“ vorschlug. Und sie verärgerte die Herren in CSU und FDP, die traditionelle Rollenentwürfe bevorzugen oder gegen jede staatliche Einmischung wettern. Zwar hatte sie die christdemokratische Frauenunion hinter sich, nicht aber die Kanz-



lerin: Im Stil ihres Vorgängers Gerhard Schröder sagte Angela Merkel „Basta“ und stoppte die Debatte nach wenigen Tagen. In den kommenden Jahren dürfte es in Deutschland keine gesetzlich vorgeschriebene Quote geben.

Wirtschaftliche Vorteile

Im Rückblick wirkte die Debatte wie eine geschickte Medieninszenierung: fortschrittlich reden, aber nichts verändern. Erst geben ein paar Parteifreundinnen die Emanze, dann bleibt es beim Status Quo. Dabei tut sich was in den Unternehmen: Telekom-Vorstand Thomas Sattelberger zum Beispiel will sich an seinem

Dabei hat gerade die 2007 eingeführte neue Elternzeit bewiesen, wie Gesetze Verhalten beeinflussen, ja sogar Steuern können. Auch die aktuellen Vorschläge der Bundesgleichstellungskommission zielen eindeutig auf mehr Regulierung: Sie fordern klare Perspektiven statt Orientierungslosigkeit, kritisieren die bisherigen Instrumente, die sich teilweise gegenseitig widersprechen.

„Vorrangig geht es in der Gleichstellungspolitik um die Unterstützung neuer Lebensentwürfe von Frauen und Männern“, heißt es im Fazit des Berichts. Durch die „Nutzung aller Talente unserer Gesellschaft“ seien Unternehmen „leistungsfähiger und flexibler“. Wenn

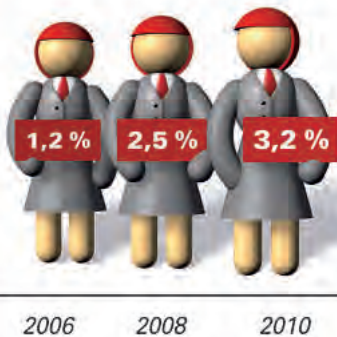
Frauen zu „vollwertigen Beitragszahlern“ werden und „nicht nur abgeleitete Ansprüche nutzen“, stabilisiere das auch die Sozialsysteme: „Die Kosten der gegenwärtigen Nicht-Gleichstellung übersteigen die einer zukunftsweisenden Gleichstellungspolitik bei weitem.“

Zum Weiterlesen

Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen. Gutachten der Sachverständigenkommission, Januar 2011. Die Kurzfassung kann online abgerufen werden unter www.gleichstellungsbericht.de.

Vorstand in Männerhand

Frauen waren in Vorstand oder Geschäftsführung der 200 größten deutschen Unternehmen*



*ohne Finanzsektor; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Januar 2011

Grafik aus Böcklerimpuls 2/2011

ehrgeizigen Ziel, bis 2015 dreißig Prozent Frauen an die Spitze zu hieven, messen lassen. Auch anderswo sind die „Dinosaurier Dads“, die Befürworter der alten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, in die Defensive geraten. Aufgeschlossene Vorgesetzte wissen, dass gut qualifizierte Frauen ein Wettbewerbsvorteil sein können – und dass eine Führungskultur, die stur auf Anwesenheitszwang und Unentbehrlichkeitswahn setzt, keine Zukunft hat.

Die Tiraden gegen staatliche Bevormundung gehören selbst bei den erklärten Frauenförderern in der Privatwirtschaft weiterhin zum rhetorischen Repertoire.

Frauenquote – Quotenfrauen

Die Diskussion um eine Frauenquote für die Führungspositionen der deutschen Wirtschaft hat in den letzten Wochen eine neue Qualität erreicht: Die Ministerinnen von der Leyen und Schröder sind in den Ring gestiegen, Bundeskanzlerin Merkel sah sich zu einem (vorläufigen) Machtwort gegen gesetzliche Quotenregelungen veranlasst, und in ein paar Wochen sind die Spitzen der deutschen Wirtschaft zu Gast bei der Regierung um Rede und Antwort zu stehen. Was ist der Hintergrund dieser Debatte? Brauchen wir tatsächlich Quotierungen, um Frauen den Zugang zu den Führungsebenen der Wirtschaft zu eröffnen? Und sollten diese auf freiwilliger oder gesetzlicher Basis eingeführt werden?

Von Dr. Helga Lukoschat, Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführerin der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft

Die Zahlen sprechen zunächst eine eindeutige Sprache: Die Spitzenpositionen der deutschen Wirtschaft sind nach wie vor nahezu ausschließlich mit Männern besetzt. Wie Untersuchungen des DIW zeigen, nahmen 2010 Frauen im Durchschnitt nur 3,2 Prozent der Vorstandssitze der 200 größten Unternehmen ein; bei den Aufsichtsräten waren es (dank der Entsendungen auf Arbeitnehmerseite) 10,6 Prozent. Dabei ist die Wirtschaft mehr denn je darauf angewiesen, den Talentpool qualifizierter Frauen besser zu erschließen. Es rechnet sich, Frauen im Betrieb zu halten und zu fördern – und zwar umso mehr, je qualifizierter sie sind. Zuletzt hat in Nachfolge der McKinsey-Studie „Women Matter“ eine Untersuchung der Unternehmens-

beratung Accenture aufgezeigt, dass mehr Diversität im Top-Management, auch zwischen Frauen und Männern, Wettbewerbsvorteile bringt. Doch warum klappt zwischen diesen Erkenntnissen und der Realität eine solch große Lücke?

Quotenregelung als Zielvorgabe

Die Gründe für den geringen Frauenanteil sind vielschichtig. Nach wie vor werden Frauen auf ihrem Karriereweg mit stereotypen Erwartungen an die weibliche Rolle und „weibliches“ Verhalten konfrontiert und sind in den von Männern geprägten Unternehmens- und Führungskulturen, in denen ein hoher Druck zu Konformität und Homogenität



besteht, buchstäblich Fremdkörper. Auch die derzeitigen Karrierewege und -muster sind hinderlich: Es bedarf sehr viel mehr Flexibilität, mehr Freiheit und Zeitsouveränität und nicht zuletzt besserer Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung, damit sich berufliche Karriere besser mit Kindern vereinbaren lässt. Und dies gilt nicht nur für Frauen, sondern zunehmend eben auch für Männer, die aktive Väter sein wollen.

Damit sich die bestehenden Mentalitätsmuster und Strukturen in den Organisationen, und hier ist auch der öffentliche Dienst nach wie vor gefragt, tatsächlich ändern, braucht es offenbar mehr als einzelne Fördermaßnahmen für Frauen. Die Unternehmen müssen sich insgesamt verändern: Im Management und unter den Beschäftigten müssen althergebrachte Überzeugungen in Bewegung gebracht werden. Dafür müssen sich die Unternehmen und Organisationen klare, verbindliche und messbare Ziele setzen.

Im Prinzip ist eine Quotenregelung eine solche Zielvorgabe. Einige Unternehmen haben sich in diesem Sinne bereits auf den Weg gemacht: Die Telekom hat im Frühjahr vergangenen Jahres verkündet,



Die Autorin: Dr. Helga Lukoschat, Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführerin der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft

Unverbindliche Selbstverpflichtung greift nicht

Eines ist mittlerweile Konsens: unverbindliche Selbstverpflichtungen – wie sie zwischen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft vor zehn Jahren vereinbart worden sind – sind nicht wirksam. Aufgrund des starken öffentlichen Drucks der Frauenverbände oder auch Frauennetzwerke aus der Wirtschaft ist hier in der jüngsten Zeit nun einiges in Bewegung geraten.

Im Prinzip lassen sich drei Positionen identifizieren: Erstens liegt der „Stufenplan“ von Familien- und Frauenministerin Schröder auf dem Tisch, mit dem Unternehmen zu einer verbindlichen internen Zielvorgabe verpflichtet werden sollen. Ein weiterer Vorschlag sieht vor, mit einer gesetzlichen Quote für die Aufsichtsräte zu beginnen, wie es die Initiative FidAR (Frauen in die Aufsichtsräte) fordert. Schließlich gibt es – u.a. aus Teilen der Gewerkschaft – die weitergehende Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das auch eine Quote für Vorstände vorsehen würde.

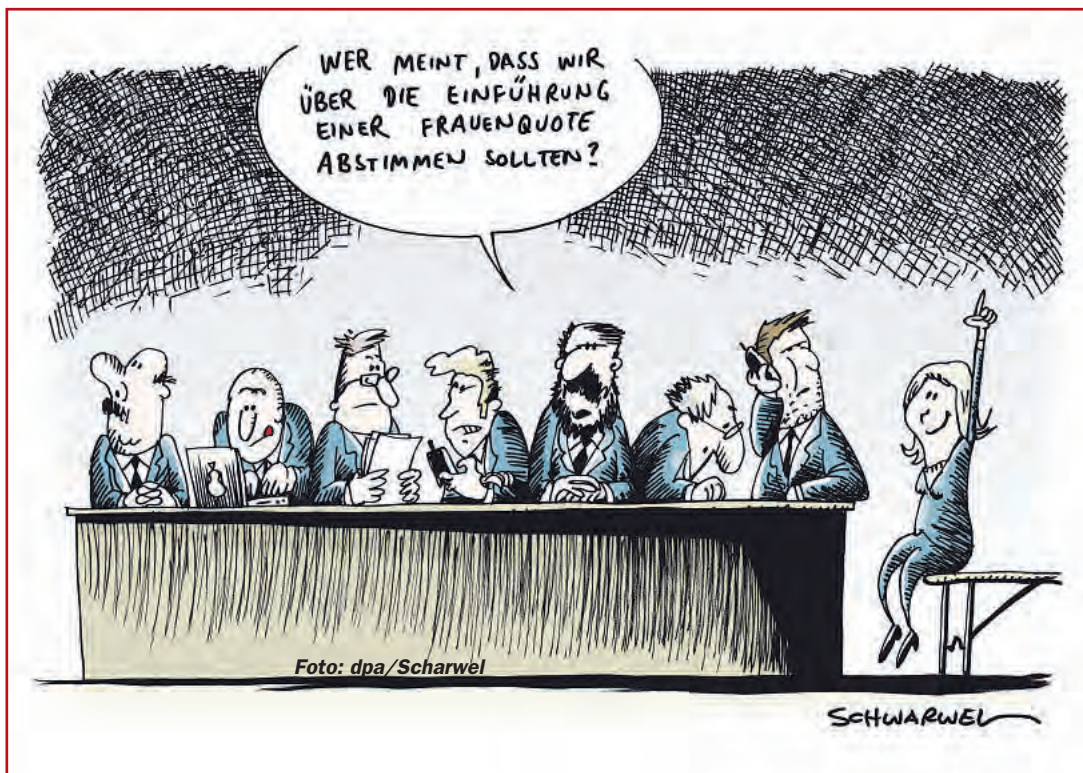
Vorbehalte differenziert betrachten

Was spricht nun für, was gegen eine gesetzliche Frauenquote?

Auf Seiten von Unternehmen wird insbesondere befürchtet, dass nicht genügend Frauen für Top-Positionen zur Verfügung stünden, eine Quotenregelung nicht systemisch sei und lediglich zu einigen wenigen „Vorzeigefrauen“ führe. Schließlich – so ein weiteres Gegenargument – stelle die Quote einen tiefen Einschnitt in die Freiheit eines Unternehmens dar.

Hier gilt es genau zu differenzieren. Dass es qualifizierte

Frauen gibt, zeigen nicht nur die Statistiken über Hochschulabschlüsse: Das Argument des Mangels an qualifizierten Frauen trifft gerade bei der Besetzung



30 Prozent Frauen in Führungspositionen bringen zu wollen, Daimler will 20 Prozent schaffen, andere große Unternehmen wie Bosch, E.ON und BMW ziehen nach.

Doch es geht in den aktuellen Diskussionen eben auch darum, inwieweit und in welcher Form der Gesetzgeber aktiv werden soll.



von Aufsichtsräten ins Leere. Für diese Positionen stehen sofort genügend hochqualifizierte und motivierte Frauen, z.B. aus großen internationalen Kanzleien oder mittelständischen Unternehmen oder auch aus Verbänden zur Verfügung. Aufsichtsräte sind zudem im weitesten Sinn politische Gremien, die bereits jetzt durch das Mitbestimmungsgesetz reguliert sind.

Ein weiteres Argument für die Quotierung von Aufsichtsräten: Aufsichtsräte besetzen die Vorstände. Es ist daher zu erwarten, dass sich eine Quotierung der Aufsichtsratspositionen indirekt auch in den Vorständen niederschlägt. Vor diesem Hintergrund wäre es strategisch klug, mit den Aufsichtsräten zu starten und dort einen Mindestanteil von 25 bis 30 Prozent Frauen einzuführen. Außerdem wäre es ein deutliches Signal, dass es der Politik ernst ist.

Die direkte gesetzliche Quotierung von Vorständen sollte hingegen in der Tat zurückhaltender betrachtet werden, weil damit unmittelbar in die Unternehmensführung eingegriffen wird. Unternehmenskulturen sind sehr komplex – sie brauchen Zeit und vor allem den Willen zur Veränderung. Daher spricht viel dafür, dass sich Firmen je nach Branche und Größe ihre eigenen, aber nicht minder konkreten, Ziele – zum Beispiel in Form einer internen freiwilligen Quote – stecken, die vom Top-Management mitgetragen werden. Vor allem müssen Unternehmen erkennen, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, ihre Karrierewege zu modernisieren und Frauen und Männern die gleichen Chancen zu eröffnen.

Quote eröffnet Chancen

Aber es sind auch die Frauen selbst gefragt. Oft befürchten sie, als Quotenfrau abgestempelt zu werden und nicht mehr aufgrund der eigenen Leistung, sondern nur aufgrund ihres Geschlechts eine bestimmte Position zu erhalten. Übersehen wird dabei: Nur qualifizierte Frauen, die Leistung bringen, können überhaupt zu einer „Quotenfrau“ werden. Die Erfahrungen zeigen doch umgekehrt, dass qualifizierte Frauen aufgrund bestehender Einstellungen und Strukturen heute immer noch zu selten die Möglichkeiten bekommen, ihre Fähigkeiten auch tatsächlich unter Beweis zu stellen. Die Quotenfrau hat ein negatives Image, das stimmt, aber jeder Umschwung, jede Abkehr vom Alten, hat auch einen Preis. Die Frauen sollten sich dieser Phase daher mutig stellen und ganz selbstbewusst die Chancen ergreifen, die ihnen eine Quote eröffnet.



Gleichheit oder Differenz – ist das die Frage?

Geschlechterkonstruktionen in der Polizei

Foto: dpa/Martin Gerten

Die Sache mit den Geschlechtern – egal, ob in der Polizei oder anderswo – kann man einerseits für hoch kompliziert, andererseits aber auch für ganz einfach halten. Für die Praxis aber ist entscheidend, wie sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Frauen und Männern im Beruf und in der Karriere niederschlagen. Deutungen und Erwartungen spielen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Von Prof. Dr. Sylvia Marlene Wilz

In der heutigen Gesellschaft“, so schreiben die Bestsellerautoren Alan und Barbara Pease, „will man mit aller Macht daran glauben, dass Frauen und Männer

genau die gleichen Fähigkeiten, Talente und Potentiale haben, und das ironischerweise zu einem Zeitpunkt, da Wissenschaftler die ersten unwiderlegbaren Be-



FRAUENPOLITIK

weise dafür gefunden haben, dass genau das Gegenteil der Fall ist. (...) Frauen und Männer sind unterschiedlich. Nicht besser oder schlechter, sondern unterschiedlich. Außer, dass sie der gleichen Spezies angehören, gibt es keine nennenswerten Gemeinsamkeiten zwischen ihnen. Sie leben in unterschiedlichen Welten, haben andere Wertvorstellungen und gehorchen anderen Gesetzmäßigkeiten. Das wissen alle, aber nur sehr wenige – vor allem Männer – sind bereit, es auch zu akzeptieren“ (Pease/Pease 2001: 20 ff.)

Ich akzeptiere das auch nicht. Vor allem kritisiere ich diese Position wohl, weil das, was wir auf der Basis eines Forschungsprojektes über „Geschlechterkonstruktionen im Organisationswandel am



Die Autorin: Prof. Dr. Sylvia Marlene Wilz, Professorin für Soziologie und qualitative Methoden

Beispiel Polizei“ untersucht haben, dem Gesagten diametral entgegensteht. Nach unseren Erkenntnissen, sind Bedeutung von Geschlechtern und Sichten auf Geschlechter variabel. Geschlechtergleichheit und Geschlechterdifferenzen können darüber hinaus gleichzeitig nebeneinander und ineinander verschränkt auftreten.

Männer und Frauen – sowohl innerhalb der Polizei als auch außerhalb – sind nämlich nicht nur und schon gar nicht grundsätzlich und unveränderlich verschieden. Sie haben vielmehr große Gemeinsamkeiten: Sie wollen z.B. alle in angemessener Zeit befördert werden. Sie wünschen sich eine interessante Arbeit, für die sie angemessen bezahlt werden, sie wollen mit einer guten Ausstattung

arbeiten, und zwar zusammen mit netten, hoch kompetenten und fairen Kollegen, sie wollen berechenbare Dienstzeiten haben und für ihre Tätigkeit anerkannt werden. Männer und Frauen sind sich aber nicht nur mit Blick auf ihre Wünsche, Werte und Normvorstellungen ähnlich. Auch in den Anforderungen, die in ihrer Arbeitstätigkeit an sie gestellt werden, und in der Art und Weise, wie sie ihren Dienst tun, finden sich keine großen Unterschiede.

Der spannende Punkt ist: Das Gegenteil trifft aber eben auch zu: Es gibt sowohl Gleichheit als auch Unterschiedlichkeit in Wünschen, Anforderungen und Bedingungen.

Das klingt banal, ist aber, wenn man genauer hinschaut, eher kompliziert (für die Wissenschaft und für die Praxis auch). Sich nicht auf eine Perspektive – Gleichheit oder Differenz – zu konzentrieren, sondern immer beides im Blick zu haben, ist aber notwendig, wenn man verstehen will, welche Bedeutung Geschlechterdifferenzen oder -gleichheiten haben, wie sie alltäglich gelebt, ‚konstruiert‘, werden und welche Folgen sie haben.

In der Polizei bestehen noch stärker als anderswo sowohl die Perspektive auf Gleichheit als auch die Perspektive auf Differenz. Dem ‚Gleichheitsansatz‘ der Geschlechter wird durch das Leistungsprinzip, durch formale organisatorische Regeln und Strukturen und durch die Forderung nach gleichen Anforderungen und Bewertungen Rechnung getragen.

Der ‚Differenzansatz‘ ist aber mindestens ebenso präsent. In der Debatte um die Verwendung von Frauen im Polizeidienst wurde z.B. argumentiert, dass Frauen bestimmte Aufgaben nicht zugemutet werden sollten, weil zu erwarten sei, dass sie Situationen mit hohem Gefahror oder Gewaltpotential und/oder besonders hohen körperlichen und seelischen Belastungen schlechter bewältigen könnten als Männer oder es wurde argumentiert, dass die Akzeptanz der Polizei beim Bürger und das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit durch die Anwesenheit von Frauen positiv beeinflusst werden könnte.

Der potentielle Einsatzerfolg – und damit die Einsatzplanung und der Personaleinsatz – werden also durchaus auch in Abhängigkeit von Geschlechterdifferenzen beurteilt.

Wenn man Geschlechterdifferenz und -ungleichheit in Organisationen analysiert, sind verschiedene Ebenen wichtig: 1. die quantitativen Anteile von Männern und Frauen, 2. ihre Verteilung auf Laufbahnen und Führungspositionen, 3.

COP® Specials
Gültig vom
20.2. - 30.4.11

Achtung! NEUERÖFFNUNG am 1. März 2011
COP SHOP FRANKFURT/Main, Schloßstr. 83, Bockenheim
mit vielen Angeboten vom 1. - 5.03.2011 im Shop!

1 Einsatzstiefel BATES®
5 TACTICAL SPORT
Art.-Nr. 852262-Größe EU
 Farbe: schwarz. Größen: (EU 35 - 48),
 US 3 - 15 (keine halben Größen)
 Obermaterial: Leder und Nylon
 1/3 hoher Einsatzstiefel von BATES
 mit geringem Gewicht u. athletischer
 Passform.

Aktionspreis!
€ 69,90
statt 99,90*

Größe US	3	3.5	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Größe EU	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

2 Under Armour® Tactical Mock ColdGear®
Art.-Nr. UA1005512B-Größe (beige)
Art.-Nr. UA1005512N-Größe (navy)
 Farben: navy, beige (desert). Größen: S - 3XL. Material: 63%
 Nylon, 25% Polyester, 12% Elasthan. Langärmeliges, hoch-
 funktionelles Kompressionsshirt mit ColdGear® Technologie,
 das den Körper in kalten Tagen warm und trocken hält.
 Halbhoher Stehkragen.

Aktionspreis!
€ 39,90
statt 59,90*

Achtung Sonderposten!
Nur solange Vorrat reicht

3 Luminox
Navy SEAL 3001
Art.-Nr. LU-3001
 Getragen v. den Eliteeinheiten d. Navy
 SEALs. Offizielle Qualifikation für den
 Gebrauch der US Navy und US Army.

- Wasserfest bis 20 bar/atm. /
200 Meters / 660 feet
- Schweizer Quarzwerk
mit Datum

Aktionspreis!
€ 189,90
statt 229,90*

4 Handschuh
HATCH® SGX11
Art.-Nr. 35SGX11-Größe
 Größen: XS - 4XL
 Optimaler Schnittschutz
 durch den neuen Dyneema®
 Innenhandschuh.

Aktionspreis!
€ 59,90
statt 89,90*

Abriebfestigkeit: Kategorie 4
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

**5 UZI Kombi-
pack Einsatzuhr
& Kugelschreiber**
Art.-Nr. CCUZI-TPW-COMBO
 Set aus taktischer Einsatz-Uhr und Kugelschreiber. Uhr
 mit digitalem Display (gut ablesbar) und elektr. Hinter-
 grundbeleuchtung und Kugelschreiber mit Glasbrecher.

Aktionspreis!
€ 29,90
statt 59,90*

Nur solange
Vorrat reicht!

COP Vertriebs-GmbH
 Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany
 Telefon 08445-9296-0
 Fax 08445-9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

Angebote gültig vom 20. Februar bis 30. April 2011 * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.





ihre Verteilung auf Aufgabenbereiche und Tätigkeiten, 4. die Frage nach der institutionellen Verankerung von Gleichheit oder Differenz (z. B. Regeln und Vorschriften über Zugang, Ausbildung und Verwendung; Gleichstellungsgesetzgebung u.a.), 5. die alltägliche Arbeitspraxis von Männern und Frauen, 6. ihre Deutungen, Interpretationen, Normen und Wertvorstellungen und 7. ihre Identitäten als Mann bzw. Frau und/oder als Polizeibeamter bzw. -beamtin.

Einen Aspekt, den der Deutungen, der variablen Zuschreibung von Geschlechterdifferenz und -gleichheit, möchte ich vertiefen.

Männer und Frauen in der Polizei

Da unser Projekt sich auf Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bezog, zunächst beispielhaft ein paar ausgewählte Daten aus diesen Ländern:

1. Der Frauenanteil in der Polizei insgesamt ist gestiegen.
2. Der Frauenanteil ist, bei genauerer Betrachtung, innerhalb der Schutzpolizei gestiegen, bei der Kriminalpolizei sind die Frauenanteile seit längerer Zeit mehr oder weniger unverändert.
3. Die Verteilung von Frauen und Män-

nern auf die Laufbahngruppen zeigt: Frauen sind im gehobenen und im höheren Dienst unterrepräsentiert. Das gilt insbesondere für die Schutzpolizei, in der Kriminalpolizei sind sie anteilsgemäß vertreten. Zahlenmäßig bedeutet das dennoch nach wie vor einen geringen Anteil an weiblichen Beamtinnen, insbesondere in Führungsfunktionen.

Insgesamt gesehen steht ganz klar fest: Der Frauenanteil an Führungspositionen ist nach wie vor gering. Es gibt, auch das ist bekannt, durchaus Männer- und Frauenbereiche in der Polizei: z.B. Spezialeinheiten und Sonderdienste wie Spezialeinsatzkommandos, Technische Einsatzgruppen oder Hundeführer als ‚Männerdomänen‘, und es gibt unterschiedlich stark ‚besetzte‘ Kriminalkommissariate, wie z.B. die Bereiche Sexualdelikte oder Prävention im Vergleich zu Ermittlungen im Bereich Rauschgiftkriminalität oder Organisierter Kriminalität. Innerhalb der einzelnen Bereiche gibt es nach unseren Erkenntnissen aber keine systematisch unterschiedlichen Aufgabenverteilungen, es sei denn, es wird explizit ein geschlechtsspezifischer Bezug zu Aufgaben hergestellt (z. B. Durchsuchungen; gemischte Streifen). D. h.: Es gibt Männerbereiche und es gibt gemischte Bereiche. Innerhalb dieser Bereiche können

Aufgaben systematisch nach Geschlecht verteilt werden – es ist aber nicht so, dass Männer und Frauen grundsätzlich andere Tätigkeiten oder aber die gleichen Tätigkeiten anders ausüben.

Wie entsteht mal Gleichheit und mal Unterschiedlichkeit?

Die Frage, ob Männer und Frauen in der Polizei ‚Gleiche‘ oder ‚Ungleiche‘ sind, lässt sich auf der Basis dieser Befunde also nicht eindeutig beantworten – einerseits werden Angleichungen zwischen den Geschlechtern deutlich, andererseits sind die Hinweise auf Unterschiede nicht zu übersehen. Egal, ob man sich nun mit den Folgen unterschiedlicher Verteilungen, der genauen Beschreibung der organisatorischen Strukturen und Prozesse oder der Möglichkeit ihrer Veränderung befassen möchte: wichtig ist zu verstehen, wie die Prozesse der Herstellung von Geschlechtergleichheit und -unterschiedlichkeit verlaufen: Wie passiert das, dass mal Gleichheit, mal Ungleichheit entsteht? Eine zentrale Rolle spielen in diesen Prozessen, wie gesagt, die Zuschreibungen und Erwartungen typischer Eigenschaften und Fähigkeiten, die einerseits institutionell verankert sein können, andererseits jederzeit auf's Neue



www.gewerkschaftsbonus.de

Login: Benutzername: gewerkschaftsbonus, Passwort: polizei

Festnetz- und Internetanschluss zum Behördentarif

- UMTS-Internetflat
- Telefonflat ins Festnetz
- 60 Min./mtl. in alle deutschen Mobilfunknetze telefonieren
- Inkl. Rabatt 24 Monate nur 14,95 €/mtl.* statt ~~29,95-€~~
- WLAN-Router*

Ich will. Ich kann. Mit Vodafone

power to you



www.gewerkschaftsbonus.de

24 Monate

14,95 €
mtl.

Vodafone

**Internet- und Telefonpaket
Surfen und Telefonieren
im besten
deutschen
Netz!**



*Rabattgutschein von insgesamt 15,- € monatlich ergibt einen rechnerischen Preis von 14,95 € statt dem Vodafone Standardtarif in Höhe von 29,95 € monatlich. Nach 24 Monaten beträgt der Grundpreis 19,95 €. Verfügbarkeit des Produktes am Nutzungsort vorausgesetzt. Technische Verfügbarkeitsprüfung, AGB und weitere Bedingungen finden Sie auf der angegebenen Internetseite mit Ihren Zugangsdaten. WLAN-Router für einmalig 29,95 €, Versandkosten 9,95 €.



Einsatz bei Protesten gegen „Stuttgart 21“

Foto: dpa/Uwe Anspach

„ausgehandelt“, weitergeführt, aber auch verändert werden können.

Körperkraft und Emotionalität

Diesen Punkt möchte ich kurz ausführen mit Blick auf häufig thematisierte Eigenschaften, die den eben genannten Kriterien eher entgegengesetzt werden: Körperlichkeit, vor allem Körperkraft, und Emotionalität. Ich illustriere das am Beispiel der Körperlichkeit: Auf der einen Seite wird immer wieder mit der geringeren Körperkraft von Frauen argumentiert, die sie in der Konfrontation mit einem potentiell gewalttätigen polizeilichen Gegenüber mindestens benachteiligt, wenn sie nicht gar die Frauen selbst oder andere gefährdet.

So sagt ein Beamter auf die Frage, ob es einen Unterschied mache, wenn er mit einem Mann oder einer Frau zusammenarbeitet: „Ich stelle da keinen Unterschied fest. Natürlich, wenn ich irgendeinen hochkarätigen Schläger festnehmen gehe, fahr‘ ich lieber mit ‘nem kräftigen Kollegen hin als mit ‘ner zierlichen Kollegin, das ist ganz klar.“ Auf der anderen Seite weiß aber auch jede/r der Befragten eine Situation zu berichten, in der entweder auch Männer ohne Unterstützung von Kollegen nicht auskommen konnten oder aber Frauen auf die eine oder andere Art und Weise gefahren- oder gewaltträchtige

Situationen ohne männliche Hilfe selbstverständlich bewältigten.

Es kommt sowohl bei Männern als auch bei Frauen vor, dass sie mit Widerstandshandlungen nicht zurecht kommen; unterschiedliches Verhalten hat nichts mit geschlechtstypischem, sondern mit individuell unterschiedlichem Verhalten zu tun.

Fazit

Wir sind alle gewohnt, im alltäglichen Handeln und Entscheiden auf Klassifizierungen, Stereotypisierungen, und dabei auch auf geschlechtertypisierende Zuschreibungen und Erwartungen zurückzugreifen. In Personalentscheidungen und in allen anderen Aspekten des Dienstalltags kann Geschlecht entsprechend zum Thema gemacht werden. Es muss aber nicht: Kriterien können so oder so ausgedeutet werden, Aufgaben können unterschiedlich definiert werden, Verhalten kann als typisch männlich, typisch weiblich oder als typisch für die jeweilige Person, als typisch für den Streifendienst, die Sitte oder die von der Leitstelle, als typisch für die aus x- oder y-Stadt interpretiert werden. Geschlecht kann, so die Schlussfolgerung, je nach Situation und Kontext anders bedeutsam gemacht werden. Das geschieht auf verschiedenen Ebenen: auf der Ebene von Organisationsstrukturen (z.B. durch

Anforderungen an zeitliche und räumliche Flexibilität oder an körperliche Eignung), auf der Ebene von Entscheidungen (z.B. über die Personalauswahl), auf der Ebene von Arbeitshandeln (z.B. in der Arbeitsverteilung und Zusammenarbeit) und auf der Ebene von Deutungen und Erwartungen – von sich selbst und anderen.

Diese letztgenannte Ebene habe ich hier betont. Zum einen, weil sie seltener im Mittelpunkt der Diskussion steht als bspw. der Blick auf Vereinbarkeitsregelungen. Zum anderen habe ich sie herausgegriffen, weil ich sie gerade in der Polizei für besonders wichtig

halte. Der Transport von Deutungen, von Annahmen über sich und andere, von Zuschreibungen und Erwartungen geschieht hier durch Erzählungen, durch Berichte und Geschichten aus dem Dienstalltag. Diese Erzählungen vermitteln Normen und Vorstellungen von der richtigen Haltung und dem richtigen Vorgehen, sie vermitteln Erfahrungswissen – und sie beinhalten eben auch Annahmen über typisches Geschlechterverhalten.

Auf diese Weise werden Geschlechterdifferenzierungen weitergegeben, auf diese Weise können sie aber auch verändert werden. Diese Veränderungsperspektive verschließt man sich, und damit wäre ich wieder am Anfang, wenn man den Blick nur auf Gleichheit oder Differenz richtet. Wenn man den Blick nicht in einer Perspektive von Gleichheit oder Differenz, von Bevorzugung oder Benachteiligung, von Problem oder Problemlosigkeit ausgerichtet, sondern sieht, dass jeweils beides in und nebeneinander existiert, und das auch noch ziemlich flexibel, dann werden die Dinge zwar komplizierter. Aber man ist damit erheblich näher an der Realität.

Der Beitrag wurde von der Redaktion gekürzt. Er ist in voller Länge unter dem Menüpunkt Deutsche Polizei/Ausgabe 3/2011 auf der Seite www.gdp.de zu finden.



Frauengruppe (Bund) – Motor in Sachen Gleichstellung

Für die Gleichstellung der Frauen in der Polizei und in der GdP engagiert sich insbesondere die Frauengruppe (Bund) der GdP. Im vergangenen Jahr gab es einen Wechsel im Vorsitz dieses GdP-Gremiums. DP sprach mit der neuen Vorsitzenden, Dagmar Hölzl, über Ziele und Möglichkeiten ihrer Arbeit.

Dagmar, Du bist seit einem Jahr als Vorsitzende der Frauengruppe (Bund) im Amt – wie hast Du das erste Jahr erlebt?

Vor allem unterwegs, im Zug und in Hotels – denn außer unserer Bundesfrauenkonferenz standen 2010 nicht nur der GdP-Bundeskongress, sondern auch noch die entsprechenden DGB-Kongresse an; hinzu kamen die Sitzungen des Bundesvorstands und der Frauengruppe. So war ich nach meiner Wahl im März zualtererst mit dem ganz praktischen Problem der Terminkoordinierung konfrontiert. Außerdem habe ich mich natürlich mit einer Vielzahl von Themen beschäftigt:

Als Vertreterin von 38.000 GdP-Frauen werde ich zu ganz unterschiedlichen Problemen befragt; da möchte ich natürlich immer gut informiert sein.

Was hat Dich in der letzten Zeit am meisten überrascht?

Das Sachverständigengutachten zum ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung: Es hat mich in der Ausrichtung der Arbeit der Bundesfrauengruppe bestärkt. Ich habe darin viele Positionen der GdP-Bundesfrauengruppe wiederfinden können – mit wissenschaftlicher Begründung! Dabei ist mir u. a. besonders

wichtig: Der GdP-Bundeskongress hat im November 2010 auf Antrag der Bundesfrauengruppe die Abschaffung des Ehegattensplittings beschlossen. Denn es setzt für Frauen den falschen Anreiz gar nicht oder nur in geringem Umfang berufstätig zu sein. Eine eigenständige Altersversorgung und selbstständige Existenzsicherung lässt sich so nicht aufbauen. Vom Ehegattensplitting profitieren außerdem in erster Linie Eheleute mit höherem Einkommen – unabhängig davon, ob sie Kinder erziehen.

Auf Initiative der Frauengruppe ist auch das GdP-Positionspapier zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie entstanden ...

Richtig, die GdP greift darin erstmals eine Vielzahl von Fragen rund um die Vereinbarkeit auf, darunter auch die Gestaltung der Arbeitszeit: Männer wollen Überstunden abbauen, Frauen den Umfang ihrer Teilzeitbeschäftigung erhöhen. Eltern möchten ihre Arbeitszeiten einander annähern mit dem Ziel einer vollzeitnahen Teilzeitbeschäftigung. Noch

Meine Empfehlung:

Jetzt mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto wechseln.





SpardaGiro
mit Kontowechselservice

0 Gebühren
Aufwand
Komma nix wechseln!



Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. www.sparda.de



Sparda-Banken
freundlich & fair

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,- Euro mit attraktiver Dividende.

X Ja, ich will mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto. Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach:
Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon (tagsüber)



ÖD 3



behindern mangelhafte Infrastrukturen für die Betreuung von Kindern die Erwerbsbeteiligung von Frauen und ihren Aufstieg in Führungsfunktionen. Das bestätigen uns auch viele Kolleginnen und



Dagmar Hölzl, Vorsitzende der Frauengruppe (Bund)

wir gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Entgeltungleichheit, die derzeit in Deutschland bei durchschnittlich 23% liegt. Auch der öffentliche Dienst ist nicht frei davon, weil Kolleginnen seltener das Endamt einer Laufbahn erreichen. Gemeinsam mit den Gleichstellungsbeauftragten in den Polizeien von Bund und Ländern suchen wir daher als Bundesfrauengruppe nach den Ursachen für die Defizite in der Beurteilungs- und Beförderung von Frauen in der Polizei.

Was beschäftigt Dich derzeit am meisten?

Zwei Themen stehen derzeit im Mittelpunkt meiner Überlegungen:

Zum einen haben wir auf unserer Arbeitstagung Anfang Februar erneut eine Arbeitsgruppe zur Häuslichen Gewalt (HG) ins Leben gerufen. Sie soll eine Vielzahl von Einzelfragen bearbeiten, darunter Notwendigkeit polizeilicher Ressourcen zur Bearbeitung von HG, die Vereinheitlichung von Statistiken zur HG. Und ich freue mich über das große Interesse des Bundesfrauenministeriums (Referat Schutz von Frauen vor Gewalt) und der Unterstützungseinrichtungen für Frauen, die gespannt auf die Ergebnisse unserer Arbeit warten. Der zweite Schwerpunkt ist die Unterstützung der Arbeit der GdP-Gleichstellungsbeauftragten im gesamten Bundesgebiet. Hier gilt es die Vernetzung noch weiter zu intensivieren und auch die Rechtsstellung der Kolleginnen bezüglich des Zeugnisverweigerungsrechts zu verbessern. Gerne wollen wir den Gleichstellungsbeauftragten in der GdP auch wieder eine Gleichstel-

lungstagung als fachlichen Input und zum Austausch anbieten.

Was empfindest Du als positiv in punkto Frauen und Gleichstellung in der GdP?

Die steigende Anzahl von Frauen in der GdP wird zukünftig auch ihre Entsprechung in den Gremien unserer Gewerkschaft finden. Der Frauenförderplan, der aufgrund eines Beschlusses unseres Bundeskongresses Aufnahme in die GdP-Satzung finden soll, wird die Frauen bei ihrem Engagement in der GdP unterstützen. Außerdem nehmen wir eine zunehmende Bereitschaft der Kollegen wahr, junge Kolleginnen „unter ihre Fittiche“ zu nehmen und zu fördern.

Ist es noch zu früh, von ersten Erfolgen zu reden?

Sehr stolz sind wir als Bundesfrauengruppe auf den Kongress-Beschluss „Chancengleichheit in der Polizei“, mit dem die GdP ihr frauen- und gleichstellungspolitisches Profil geschärft hat.

Zudem freue ich mich, dass unsere Forderungen zur besseren Bekämpfung des Menschenhandels inzwischen Wiederhall

gefunden hat in einer Bundesratsinitiative zur Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten. Als GdP-Frauen nehmen wir in der Debatte um Entgeltungleichheit im öD eine Vorreiterrolle in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit ein und sind Motor auch beim Engagement für das Klagerecht von Personalräten nach § 17 (2) des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.

Und: Wir haben in unserem ersten Jahr zwei Arbeitsgruppen (AG HG und AG Chancengleichheit) eingesetzt und mit Arbeitsaufträgen versehen. Die AG Vereinbarkeit Familie und Beruf wird fortgeführt und wird sich zukünftig auf die Unterstützung von Personalräten bei der praktischen Umsetzung einer verbesserten Vereinbarkeit an den Dienststellen konzentrieren.

Was sind Deine Ziele und Wünsche?

Ich wünsche mir, dass wir Erfolg haben mit unserem Einsatz für eine geschlechtergerechte Leistungsbewertung und faire Aufstiegschancen in der Polizei genauso wie für bessere Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern oder Pflegeaufgaben.

Das Gespräch führte Marion Tetzner

„MÄNNERRECHTLER“

Geschlechterrolle rückwärts

Antifeministische Männerrechtler formieren sich; vor allem im Internet zeigen sie wenige Berührungspunkte mit rechtskonservativen oder gar rechtsextremen Foren. Sie wittern überall männliche Benachteiligungen und wenden sich gegen „staatlich verordnete“ Gleichstellungspolitik. Schluss müsse sein mit der „organisierten Besserstellung“ der Frau.

Von Thomas Gesterkamp

Die schwarzgelbe Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag eine „eigenständige Jungen- und Männerpolitik“ vereinbart. Im zuständigen Familienministerium gab es bisher nur einen einzigen Mitarbeiter, der für „Männer, Migration, Milieus“ zuständig war – das klang mehr nach Gedöns als nach ernsthaftem Anliegen. Mittlerweile wurde das Referat 408 „Gleichstellungspolitik für Männer und Jungen“ etabliert. Jetzt heißt es im vopolitischen Raum genau hinsehen, denn die Männerbewegung (wenn man von einer solchen überhaupt sprechen will) präsentiert sich heterogen.

Geschlechterdialogisch orientierte Verbände unter Federführung der Kirchen

gründeten im November 2010 das „Bundesforum Männer“ als Pendant zum Deutschen Frauenrat. Antifeministische Aktivistinnen dagegen klagen über eine „Kaste der Genderfunktionäre“, deren kulturelle Hegemonie jeden Widerspruch unterdrücke. Mit der Realität hat das wenig zu tun. Denn wann immer die Medien in den letzten Jahren etwa das spröde Wortpaar Gender Mainstreaming erwähnten, changierte die Bewertung zwischen „lächerlich“ und „gefährlich“.

2005 bezeichnete der Stern die „neue Geschlechtergefühligkeit“ als „trivial und teuer“. Der Spiegel malte 2007 ein düsteres Bild autoritärer Gender-Pädagogik, das



„MÄNNERRECHTLER“

Jungen „früh zu Kritikern des eigenen Geschlechts“ mache. Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen, sah Frauen die „Bewusstseinsindustrie“ übernehmen – weil Moderatorinnen den Herrenrunden in den Polittalkshows die Stichworte liefern. FAZ-Redaktionskollege Volker Zastrow wettete gegen ein „angewandtes Kaderprinzip der feministischen Lobby“, die eine „politische Geschlechtsumwandlung“ plane. Die rechtslastige Junge Freiheit nahm den Verschwörungston aus der Mitte der Gesellschaft dankbar auf: Hier werde „eine totalitäre Ideologie durch eine auserwählte Truppe Linientreuer von oben nach unten durchgesetzt“.

Als Kronzeuge dient häufig Gerhard Amendt. Der Geschlechterforscher, einst Vorkämpfer für die Legalisierung der Abtreibung mit gutem Ruf in linksliberalen Kreisen, vertritt inzwischen irritierende Ansichten. So behauptet er, Frauen seien in Beziehungen ebenso gewalttätig wie Männer. In der Welt forderte er gar die Abschaffung der Frauenhäuser: Wegen ihres „militanten Feminismus“ seien die dort Tätigen zu „professionellen Interventionen“ nicht fähig.

Auch der Focus schreibt mit ständigen Berichten über das „geschwächte Geschlecht“ eine „neue Bürgerrechtsbewegung“ geradezu herbei. Doch Zeitungstexte nehmen die meisten Männerrechtler nur als Spuren im Netz wahr – ohne ihren redaktionellen Kontext, als aus dem Zusammenhang gerissenen Textbaustein.

„Der neue Geschlechterkampf wird vorwiegend online geführt. Internetforen stilisieren Männer zur maßgeblichen Opfergruppe, zu Diskriminierten in allen Lebenslagen.“

Der neue Geschlechterkampf wird vorwiegend online geführt. Internetforen stilisieren Männer zur maßgeblichen Opfergruppe, zu Diskriminierten in allen Lebenslagen. Die Netzbeiträge schwanken zwischen trotzig-beleidigtem „Da seht ihr's mal wieder“-Tonfall und unverhüllter verbaler Aggression. Kritiker gelten als „lila Pudel“, die bei der eigenen „Kastration“ assistieren. Ein Forenbetreiber träumt öffentlich davon, die „Genderisten wegen Geschlechterverhetzung im Kerker verrotten zu lassen“. Andere Blogger drohen den „Feministinnen und

ihren Drohnen“ gar mit einer „Wiederauflage der Nürnberger Prozesse“.

Angebliche Denkverbote

Ein „ausufernder Gouvernanten- und Umerziehungsstaat“, so die Männerrechtler, bevorzuge einseitig die Frauen. „Freiheit statt Feminismus!“ fordert kurzerhand die Junge Freiheit, und prangert „Denkverbote“ an: Kritik an der Benachteiligung von Männern sei schlicht unerwünscht. Rechtskonservative sonnen sich darin, die „Political correctness“ zu missachten und als vorgestrig zu bekämpfen. Besonders hervor tun sich dabei gewendete Intellektuelle mit linker Vergangenheit, wenn sie „die 68er“ für vermeintliche „Tabus“ verantwortlich machen.

Antifeministen wiederholen regelmäßig die These, Frauen seien gar nicht mehr benachteiligt, die Emanzipation sei abgeschlossen, der Feminismus habe sein Ziel längst erreicht. Unklar bleibt, wie sich dies mit der ungebrochenen – und bei einem Blick in die Führungsetagen offensichtlichen – männlichen Übermacht in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien in Einklang bringen lässt. Daran ändern auch Angela Merkel und Anne Will nichts. Unter den 186 Vorständen der DAX-Unternehmen ist eine einzige Frau – beim Chemiekonzern Henkel, weil sie zur Familie des Firmengründers gehört. Der weibliche Anteil liegt also bei gerade mal 0,5 Prozent.

Typisch ist auch die Umdeutung von Begriffen. Im Kampf um die Deutungshoheit versuchen Maskulinisten, ursprünglich emanzipatorisch interpretierte Worte wie „Befreiung“ oder

„Geschlechterdemokratie“ anders zu definieren. Die selbsternannten Freiheitskämpfer präsentierten sich als die neuen Bürgerrechtler, als Bewahrer zivilgesellschaftlicher Werte. So trägt der rechtslastige Online-Auftritt freiewelt.net den harmlosen und irreführenden Untertitel „Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft“. Eine andere Publikation nennt sich „eigentlich frei“ – die Macher betrachten sich als Libertäre, sprachlich wie personell aber gibt es Überschneidungen etwa zur Jungen Freiheit. >

HEROES WEAR HAIX®



**RANGER® GSG9-S
AIRPOWER® C6**

...denn Helden tragen HAIX®

Hochwertige Qualitätsschuhe für alle Bereiche:

Feuerwehr · Rettungsdienst
Security · Jagd · Workwear & Freizeit

Wir schenken Ihnen € 10,-
ab einem Mindestbestellwert von € 50,-
(Bei einer Bestellung auf www.haix-webshop.de
gültig bis zum 01.04.2011)

Geben Sie einfach bei der Bestellung
den **Gutschein-Code** ein:

haxibi71



www.haix-webshop.de



HAIX®-Schuhe Produktions- und Vertriebs GmbH
84048 Mainburg, Germany, Tel. +49 (0) 87 51/86 25 - 0

Der Autor: Dr. Thomas Gesterkamp hat in Politikwissenschaft über „Männliche Arbeits- und Lebensstile in der Informationsgesellschaft“ promoviert. Er ist Journalist in Köln und Autor mehrerer Bücher zu familien- und geschlechterpolitischen Themen (zuletzt „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“ – Verlag Barbara Budrich 2010 und „Die Krise der Kerle“ – Lit Verlag 2007).

Ausführliche Ergebnisse seiner Recherche zu den Männerrechtlern finden sich in der Reihe WISO Diskurs der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Geschlechterkampf von rechts – Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalieren“. Die Broschüre kann in gedruckter Form bestellt oder im Internet heruntergeladen werden.

Seit ihrer Veröffentlichung Ende März wird die Publikation kontrovers diskutiert, der Autor in den Onlineforen der Männerrechtler angefeindet. Anders als in manchen Reaktionen behauptet wird, spricht der Verfasser an keiner Stelle von einer „rechtsradikalen Männerbewegung“. Ihm geht es um die Beschreibung einer Grauzone, um Gemeinsamkeiten in den Denkfiguren und um die teils geringen Berührungspunkte der Akteure. „Eine Entlarvung männerrechtlicher Akteure nach dem Muster einer zu schematischen Extremismusforschung“ führe zu Trugschlüssen, betont der Autor: Es sei wichtig, „den ideologischen Dunstkreis zu beleuchten, inhaltliche und personelle Überschneidungen festzustellen, verbindende Einstellungen zu benennen, zu große Offenheit dem rechtsextremen und rechtskonservativen Milieu gegenüber zu skandalisieren“.

Der böse Staat

Ein anderes Argumentationsmuster sind Biologismen. Sachbücher, in denen Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken, feiern seit Jahren riesige Verkaufserfolge. Die simple These „Männer sind vom Mars, Frauen von der Venus“ ist nach wie vor populär. Ausgesuchte Hinweise auf Hirnforschung oder Verhaltensbiologie untermauern fragwürdige Behauptungen zur Geschlechterdifferenz. So entstehen klar strukturierte, angeblich

„natürliche“ Rollenstereotypen und ein polarisiertes Muster von Zweigeschlechtlichkeit, das nicht der realen Vielfalt entspricht. Den Befürwortern des Gender Mainstreaming wird im Umkehrschluss vorgehalten, eine „anthropologische Neutralisierung“ anzustreben und die Fakten der Biologie zu leugnen.

Eine letzte wichtige Denkfigur ist der Anti-Etatismus. Unter Berufung auf „freiheitliche“ und zivilgesellschaftliche Prinzipien polemisieren Antifeministen gegen staatliche Bevormundung, warnen vor „Umerziehung“ durch öffentliche Institutionen, die sich angeblich viel zu sehr in die Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau einmischen. An diesem Punkt treffen sich Männerrechtler mit christlichen Fundamentalisten, die vor „staatlicher Herrschaft über die Kinderbetten“ warnen. Organisatorisch haben diese beiden Strömungen wenig miteinander zu tun, gemeinsam aber ist ihnen das anti-etatistische Schüren von Ressentiments gegen alles, was vom bösen Staat kommt.

Die Diskutanten in den einschlägigen Internetforen sind überwiegend keine Neonazis. Allerdings ergeben sich immer wieder Überschneidungen und Verbindungen zu rechtslastigen Kreisen und Publikationen. Eindeutig rechtsextrem ist die Seite free-gender.de, auf der sich Mitglieder und Sympathisanten der Initiative „Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen“ präsentieren. Gender Mainstreaming, so heißt es dort, sei „eine unbekannte Gefahr, die sich seit gut 25 Jahren immer tiefer in den politischen Alltag der BRD und der restlichen Welt hineingeböhrt hat“. Die vor allem in Ostdeutschland aktive Gruppe veranstaltet „Aufklärungsvorträge“ zum Gender-Thema („Langfristige Ziele des GM“ sind danach „die Vernichtung der Geschlechteridentitäten“ und „die frühkindliche Sexualisierung“), besucht aber auch Treffen von Neonazis wie zum Beispiel das „Fest der Völker“ im September 2009 in Thüringen.

Wenig Berührungspunkte

Das Buch „Befreiungsbewegung für Männer“ sieht Mitherausgeber Paul-Hermann Gruner als längst überfällige „Publikation für die Zeit nach dem Feminismus“. Der Redakteur beim Darmstädter Echo fordert „das Ende des weiblichen Geschlechtermonologs“ und eine „offensi-

ve Interessenvertretung der Männer“. Die Kerngruppe der Autoren bildete im Dezember 2009 den Verein AGENS – „Arbeitsgemeinschaft zur Verwirklichung der Geschlechter-Demokratie“. Als politische Plattform dient das „Berliner Manifest“. Das dürftige Positionspapier nennt als Ziel unter anderem den „gemeinsamen Dialog auf Augenhöhe zwischen der befreiten Frau und dem befreiten Mann“.

Männerbefreier mischen sich gerne unter bekannte Experten. Im Februar 2010

„Männerbefreier mischen sich gerne unter bekannte Experten.“

veranstaltete die Universität Düsseldorf den Kongress „Neue Männer, muss das sein? – Über den männlichen Umgang mit Gefühlen“. Von Medizinern und Therapeuten organisiert, war die Veranstaltung gewiss kein Treffen von Rechtsradikalen. Renommiertere Redner wie der Jugendforscher Klaus Hurrelmann, der Historiker Martin Dinges oder der Gesundheitswissenschaftler Elmar Brähler waren vertreten; es referierte aber auch Gerhard Amendt, dessen Einladung Frauenaktivistinnen mit Interventionen beim Rektor und bei der Gleichstellungsbeauftragten zu verhindern versucht hatten.

Wenig Berührungspunkte zu Männerrechtlern zeigt auch die Konrad-Adenauer-Stiftung. Bei ihr arbeitet AGENS-Mitglied Karl-Heinz van Lier, der im Sommer 2009 mit öffentlichen Geldern die Tagung „Ein Männeraufbruch ist überfällig“ in Mainz organisierte. Auch hier eine Mischung aus rechtslastigen und vergleichsweise harmlosen Rednern: Das Spektrum reichte vom antifeministischen Blogger Arne Hoffmann über den zur Welt gewechselten Ex-taz-Redakteur Robin Alexander bis zu Hartmut Steeb, dem Generalsekretär der „Deutschen Evangelischen Allianz“ – einer Dachorganisation pietistischer Gruppen, die als „Kreationisten“ am Wortlaut der Schöpfungslehre festhalten und gleichgeschlechtliche sexuelle Orientierungen als psychische Störung betrachten.

Dialog oder Monolog

In der „Männerbewegung“ existieren progressive und rückwärts gewandte Strömungen von jeher nebeneinander. Streit über traditionelle und moderne Selbstverständnisse hat es seit den 1970er Jahren immer wieder gegeben, ein einheitlicher Kurs war und ist nicht erkennbar. Einige



„MÄNNERRECHTLER“

der von Männerrechtlern skandalisierten Themen sind diskussionswürdig: Vor allem Migranten-Jungen haben Schwierigkeiten in der Schule. Es gibt Gesundheitsberichte über Frauen, aber keine über Männer. Dass Gewalt nicht nur von Männern ausgeht, sondern sich auch überwiegend gegen sie richtet, ist ein unterbelichtetes

Thema. Doch daraus lässt sich keine allgemeine Diskriminierung qua Geschlecht ableiten.

„Ein vermeintlicher Dialog, der von vorneherein mit klischeehaften Zuweisungen arbeitet, kann nur ein Monolog bleiben“, sagt der Freiburger Geschlechterforscher und Gewaltexperte Hans-Joachim Lenz. Auch er hat für den Sammelband der Männerbefreier einen Beitrag geliefert, sich aber anschließend vom „maskulinistischen Geplänkel“ seiner Koautoren distanziert.

Statt „berechtigte männerpolitische Anliegen“ selbstbewusst zu vertreten, bedienen sich diese „tumber Pauschalisierungen“: „Verschwörungen phantasierend“ wür-

„In der „Männerbewegung“ existieren progressive und rückwärts gewandte Strömungen von jeher nebeneinander. ... ein einheitlicher Kurs war und ist nicht erkennbar.“

den Männer „zum Opfer böser Frauen stilisiert“.

Das Männer-Thema bekommt unter der von CDU und FDP geführten Bundesregierung auffällig mehr Gewicht. Die oppositionellen Sozialdemokraten, Grünen und Linken verweisen warnend auf Erfahrungen in Österreich, wo die Haider-Partei FPÖ gegen den Widerstand von Frauenverbänden eine „männerpolitische Grundsatzabteilung“ im Sozialministerium installierte. Ein Teil der Publikationen,

die die finanziell gut versorgten Wiener Männeraktivisten in hohen Auflagen unter Volk brachten, hatte in der Tat eine männerrechtliche Schlagseite.

Zukunftsorientierte Männerpolitik

Am neuen „Bundesforum Männer“ sind neben kirchlichen Gruppen und Sozialverbänden auch Jungenarbeiter, Väteraktivisten oder Gesundheitswissenschaftler beteiligt. Der Zusammenschluss versteht sich als Beratungsgremium und Sprachrohr für Männer. Eine Lenkungsgruppe, die die offizielle Gründung vorbereitet, hat eine Plattform mit zehn Grundsätzen entwickelt. Ausdrücklich gewünscht wird darin der „konstruktive Dialog zwischen den Geschlechtern“. Männliche Anliegen müssten in Ministerien und anderen Institutionen mehr Beachtung finden, fordert das Forum, distanziert sich aber von antifeministischen Vereinfachern.

Männer sind ebenso wenig wie Frauen eine homogene Gruppe. Wenn Geschlech-

Nürnberg, Germany

11. – 14.3.2011



LawEnforcement@IWA

Powered by



IWA2011
& OutdoorClassics

High performance
in target sports, nature activities,
protecting people

Veranstalter

NürnbergMesse GmbH


Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 19

besucherservice@nuernbergmesse.de

Schützen ist Ihr Job.

Deshalb sollten Sie auf Nummer sicher gehen.

Mit Wissen von Profis für Profis:

- Weltangebot an Behördenwaffen
- Spezialprodukte für Behörden und Sicherheitsdienste
- Europäische Polizeitrainer-Fachkonferenz 
- Demonstration Area mit spannenden Vorführungen

www.lawenforcement.iwa.info

NÜRNBERG MESSE



terforscher von „hegemonialer Männlichkeit“ sprechen, meinen sie deren fortdauernde Dominanz in den Spitzenpositionen. Auf der anderen Seite sind schlecht qualifizierte Männer besonders häufig arbeitslos, leiden manche Väter unter der Trennung von ihren Kindern, birgt der traditionelle männliche Lebensstil ein hohes Gesundheitsrisiko. Wer die Vielfalt von Männlichkeiten in einer gemeinsamen Politik vertreten will, muss Prioritäten setzen. Die in Österreich gesetzten Akzente blieben fragwürdig, weil sie vorwiegend männliche Benachteiligungen dokumentierten.

Doch die mangelhafte Umsetzung einer Idee ist keine Entschuldigung für Nichtstun. Die einstigen Helden der Industriearbeit ausgemustert; ein Erziehungssystem mit fehlenden männlichen Bezugspersonen; eine Krebsprävention, die als zweitrangig gilt, weil von ihr nicht die biologische Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft abhängt: Das sind keine Erbsenzählereien, sondern Facetten von nicht durchgängig vergoldeten Männlichkeiten – und damit bedeutsame Themen eines „gegenderten“ Blicks auf sämtliche Politikfelder.

„Eine zukunftsorientierte Männerpolitik, wie sie zum Beispiel der Schweizer Dachverband „maenner.ch“ in staatliche Gremien einbringt, steht in Deutschland erst am Anfang“.

Eine „zukunftsorientierte Männerpolitik“, wie sie zum Beispiel der Schweizer Dachverband „maenner.ch“ in staatliche Gremien einbringt, steht in Deutschland erst am Anfang. Förderprogramme für Jungen, mehr Geschlechterforschung aus männlicher Perspektive oder ein staatlicher Männergesundheitsbericht müssen nicht zu Lasten der nach wie vor notwendigen Frauenpolitik gehen. Sie nehmen aber den konfrontativen Antifeministen den Wind aus den Segeln. Der Gestus des Tabubrechers, der „politisch korrekte“ Denkverbote missachtet, wird ebenso erschwert wie das Umdeuten von emanzipatorischen Begriffen wie Befreiung oder Geschlechterdemokratie.

Weiterer Literaturtipp: Robert Claus, Esther Lehnert, Yves Müller (Herausgeber): „Was ein rechter Mann ist...“ - Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Karl Dietz Verlag, Berlin 2010.

Häusliche Gewalt in der polizeilichen Arbeit

Rund 25 % der Frauen in Deutschland haben mindestens einmal in ihrem Leben häusliche Gewalt erlebt; zwei Drittel von ihnen sind Opfer schwerer und schwerster (sexueller) Übergriffe geworden.

Grund genug, fast ein Jahrzehnt nach Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes (2002), dessen Umsetzung die Frauengruppe (Bund) kritisch und konstruktiv begleitet hat, die alljährliche Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund) für eine Bestandsaufnahme zu nutzen.

Die Einrichtung eines bundesweiten Hilfetelefon kündigte Dr. Birgit Schweikert, Referatsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen, den GdP-Frauen an. Als Teil des Aktionsplanes zu Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen stehe es künftig nicht nur den zahlreichen

Betroffenen, sondern auch dem sozialen Umfeld und den Unterstützungseinrichtungen rund um die Uhr professionell mit Rat und Tat zu Seite. Weil bis zu 80 % der von Gewalt betroffenen Frauen im bestehenden Hilfesystem derzeit nicht ankommen, soll das leicht zugängliche Angebot eines Hilfetelefon die Weitervermittlung übernehmen.

Heike Herold, Geschäftsführerin der bundesweiten Frauenhauskoordination e.V., erläuterte Arbeit und Perspektive der Frauenberatungsstellen und zeigte angesichts der Arbeitsverdichtung in der Polizei Verständnis für Ermüdungserscheinungen, die dazu führten, dass die Möglichkeiten polizeilicher Maßnahmen nicht immer voll ausgeschöpft würden.

Beide Referentinnen setzen große Hoffnungen in die Arbeit der Frauengruppe (Bund), die in einer Arbeitsgruppe Positionen zu den aktuellen Herausforderungen erarbeiten will. Eine bundeseinheitliche Definition häuslicher Gewalt, die Finanzierung der Frauenhäuser und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Im Zentrum steht allerdings die Frage, wie die Präsenz des Themas in der polizeilichen Arbeit gestärkt werden kann und auf welche Weise die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen geschützt sind – an Leib und Seele.

Verständnis für Ermüdungserscheinungen, die dazu führten, dass die Möglichkeiten polizeilicher Maßnahmen nicht immer voll ausgeschöpft würden. Beide Referentinnen setzen große Hoffnungen in die Arbeit der Frauengruppe (Bund), die in einer Arbeitsgruppe Positionen zu den aktuellen Herausforderungen erarbeiten will. Eine bundeseinheitliche Definition häuslicher Gewalt, die Finanzierung der Frauenhäuser und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Im Zentrum steht allerdings die Frage, wie die Präsenz des Themas in der polizeilichen Arbeit gestärkt werden kann und auf welche Weise die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen geschützt sind – an Leib und Seele.

Anja Weusthoff



POK Gabriele Segeritz, Koordinatorin häusliche Gewalt bei der Berliner Polizei, schilderte offen die Herausforderungen, die sich aus diesem Deliktfeld für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort ergeben. Sie unterstütze die Forderung der Frauengruppe (Bund) nach mehr Aufmerksamkeit für die – auch emotional – belastenden Einsätze und für einen höheren Stellenwert des Themas in der täglichen Polizeiarbeit. Foto: Weusthoff

Aus Sicht der Bundesregierung, der Frauenhäuser und der polizeilichen Praxis ließen sich die Kolleginnen aktuelle Strukturen und Instrumente zum Schutz vor häuslicher Gewalt erläutern sowie deren Entwicklungsperspektiven und arbeiteten in der gemeinsamen Debatte Herausforderungen und Handlungsfelder für die GdP heraus.

IPOMEX®

■ 5th international
police meeting
and exhibition ■

12.–14. April 2011,
Münster

Messebegleitendes Rahmenprogramm u. a. mit:

- Fachkonferenz „Moderne und adaptive Lichttechnik für den Funkstreifenwagen“
- Jahrestagung der DGfK
- Workshop „Taktische Einsatzmedizin“
- Führungskräfteseminar „BOS-Funk für die BOS-Branche (Leitstellentechnologie)“
- Sonderschau Einsatzfahrzeuge

www.ipomex.com



Unterstützt durch:

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen



Deutsche
Hochschule der Polizei



ANZEIGE

Krawalle auf Demonstrationen und beim Fußball Thema auf der IPOMEX® in Münster Polizisten gegen wachsende Gewalt schützen

Münster. Gewalt gegen die Polizei nimmt massiv zu, selbst Routine-Einsätze wie eine häusliche Streitschlichtung drohen immer häufiger zu eskalieren. Das hat im vergangenen Jahr eine Studie in zehn Bundesländern ergeben. An die Ausrüstung der Beamten stellt diese Entwicklung wachsende Anforderungen. Die Fortbildung und Ausstattung der Polizei, die Krawalle rund um die Castor-Transporte und die Gewalt im Fußball sind deshalb drei Schwerpunkte der 5. Internationalen Polizeifachmesse und Konferenz IPOMEX® vom 12. bis 14. April in Münster, Messe und Congress Centrum Halle Münsterland.

Die IPOMEX® hat sich etabliert als Fachmesse von Praktikern für Praktiker aus Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Dazu zählen neben der Polizei auch Feuerwehren, Rettungsdienste, Zoll, Katastrophenschutz und Bundeswehr. Besonders eng ist in diesem Jahr die Zusammenarbeit mit der niederländischen Polizei.

Im Anschluss an die Eröffnung durch den Schirmherrn, NRW-Innenminister Ralf Jäger, befasst sich die Podiumsdiskussion der Deutschen Hochschule der Polizei mit dem Thema „Fußball und Gewalt“. Holger Hieronymus, Geschäftsführer der Deutschen Fußball Liga (DFL), und Helmut Spahn, Sicherheitsbeauftragter des DFB, werden unter anderem mit Vertretern des Polizeipräsidiums Dortmund und der Polizei aus den Niederlanden ins Gespräch kommen. Dabei wird es sicherlich auch um Fanprojekte, Risikospiele und Krawalle außerhalb der Stadien gehen.

Auch auf Demonstrationen haben Ausschreitungen in den vergangenen Jahren zugenommen. Die Diskussion um „Stuttgart 21“ prägte den Begriff des „Wutbürgers“ – „Wutbürger – Gutbürger“ ist auch der Titel eines Symposiums für Polizeiführer und Führungskräfte der Bereitschaftspolizei. Hier werden aktuelle Entwicklungen des Demonstrationsgeschehens und Herausforderungen an die Einsatzbewältigung beleuchtet. Das Beispiel dafür bietet der Castor-Transport nach Gorleben im November. Polizeipräsident Friedrich Niehörster aus Lüneburg und Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), haben als Referenten zugesagt.

Im Rahmen des zweitägigen Symposiums „Gewalt gegen Polizeibeamte – Herausforderung für Fortbildung und Ausstattung der Polizei“ stellt Prof. Dr. Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen Ergebnisse seiner Studie aus zehn Bundesländern vor. Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW bietet neben diesem Symposium auch einen Workshop „Taktische Einsatzmedizin“ an. Das Polizeitechnische Institut (PTI) der Deutschen Hochschule der Polizei leitet eine Fachtagung für moderne und adaptive Lichttechnik für den Funkstreifenwagen. Die niederländische Polizei erörtert technische Maßnahmen nach unerwarteten Ereignissen. Eng kooperiert die Polizei Münster mit den niederländischen Kollegen bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Fahrraddiebstähle. Auch dies wird ein Vortragsthema sein.

Ebenfalls ein wichtiges Thema ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdienstleistern. Diese steht am 14. April im Mittelpunkt des zweiten ÖPNV-Sicherheitskongresses des Landes NRW. Hier diskutieren Vertreter des NRW-Innen- und des Verkehrsministeriums, der Polizei und der Ordnungspartnerschaften sowie der Verkehrs- und privater Sicherheitsunternehmen über Kooperationen im Öffentlichen Personennahverkehr.

Die rund 100 erwarteten Aussteller präsentieren moderne Fahrzeuge inklusive Zubehör, digitale Funktechnik sowie Ausrüstungen zur Verkehrsüberwachung und zur Videobildauswertung. Sicherheitslösungen und Schutzausrüstungen werden wieder im Action-Center einem Live-Härtetest unterzogen.

Der hohe Stellenwert der IPOMEX® in der Fachwelt lässt sich an der Resonanz renommierter Verbände erkennen, die die Fachmesse als Rahmen für ihre zentralen Kongresse nutzen. So hält die Deutsche Gesellschaft für Kriminalistik (DGfK) erneut in Münster ihre Jahrestagung ab. Diesmal beschäftigt sie sich mit neuen Wegen der Kriminaltechnik. Dabei geht es um „Visionen und Machbarkeit, Möglichkeiten und Grenzen der naturwissenschaftlichen Kriminalistik“. Die Leitung hat Dr. Peter W. Pfefferli vom Forensischen Institut Zürich.

Die IPOMEX® steht am 12. und 13. April nur Behördenbesuchern offen. Am 14. April haben auch Besucher aus Unternehmen Zutritt, die zum Beispiel mit der Sicherheit in ihren Häusern beauftragt sind. Detaillierte Informationen zur Fachmesse und dem Rahmenprogramm sind im Internet zu finden, www.ipomex.com.

Reflexionen nach einer Fahrt bis zum Hindukusch

Anfang des Jahres lud der Parteivorsitzende der SPD einen Gewerkschaftsvertreter ein, ihn im Rahmen einer Delegation zu begleiten. Die Fahrt diente dem Zweck, unmittelbar vor der Parlamentsdebatte über die Verlängerung des Bundeswehrmandats sich einen Überblick über die Situation zu verschaffen. Jörg Radek, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP, nahm die Gelegenheit wahr, sich ein Bild über die Lage vor Ort und insbesondere über die Aufgabe „Polizeiaufbau in Afghanistan“ zu informieren.

Die deutsche Polizei ist seit 2002 in Afghanistan engagiert. Diese Auslandsverwendung ist nicht unproblematisch, aber in vielerlei Hinsicht beispielhaft. Durch den persönlichen Einsatz jedes Einzelnen wird die Leistungsbereitschaft und -fähigkeiten der Arbeitsorganisation der deutschen Polizei in den Ländern und dem Bund bewiesen. Die Bundes-

werden, wie das Leid, das man sieht und die Erfolge, die in der Arbeit beflügeln.

Wertschätzung fehlt

Doch es sollten durchaus die Leistungen im über 5.000 km von der Heimat entfernten Einsatzgebiet öffentlich gewürdigt und geachtet werden.

Diese Wertschätzung fehlt. Sie müsste beginnen mit der gebührenden Aufmerksamkeit, den der Auftrag in der Öffentlichkeit genießen sollte. Eine Festveranstaltung zur internen Würdigung ist ein halber Schritt. Wichtig ist die persönliche Anerkennung geleisteter Arbeit. Der zweite Schritt ist die Anerkennung der Aufgabe in der Öffentlichkeit, indem sie umfassend und plausibel dargestellt wird. Zum Wesen einer parlamentarischen Demokratie gehört auch das Interesse an der Polizeiarbeit. Dies gilt nicht nur für kritische Polizeieinsätze.

Durch mangelhafte Erklärung der Aufgabe „Polizeiaufbau in Afghanistan“ wird das internationale Engagement der Bundesrepublik Deutschland fast zur privaten Angelegenheit der entsandten Kolleginnen und Kollegen. Dieser Eindruck entsteht, wird der Bogen von der Arbeit vor Ort in

Afghanistan bis zur politischen Debatte im Parlament bzw. in der Medienöffentlichkeit geschlagen.

Eine politische Erklärung kann nicht selbsterklärend sein oder durch die Personalräte erfolgen. In der Vergangenheit

hat sich die Gewerkschaft der Polizei immer wieder dem Thema Ausbildung in Afghanistan gewidmet (siehe hierzu auch DP 3/10, 1/10, 3/09, 2/09, 8/08, 9/07, 4/03).

Unsere Delegation war eine von vielen. Mit diesem Wissen drängt sich ganz besonders die Frage auf, warum gibt es so wenig öffentliches Interesse an der Arbeit der Polizistinnen und Polizisten in diesem Land? Liegt es am Kräftever-

Deutschland leistet auch einen Beitrag zur:

Alphabetisierung – Die Analphabetenquote unter den einheimischen Polizisten ist hoch. Daher fördert Deutschland Kurse, in denen Polizeischüler begleitend zur Ausbildung lesen und schreiben lernen.

Gehaltszahlungen – Durch Einzahlung in einen internationalen Fonds trägt Deutschland zu angemessenen Gehältern für die afghanische Polizei bei. Die Anfälligkeit für Korruption soll so verringert werden.



Flughafen Kabul: Der Autor Jörg Radek neben dem Berliner Bär, der in Richtung der 4.795 km entfernten Heimat schaut.

regierung legte zum Jahresende ihren Fortschrittsbericht zur Lage in Afghanistan 2010 vor. Die Aufwendungen, die Umstände und die Entbehrungen, die die Fortschritte möglich machen, können in diesem Bericht ebenso wenig abgebildet

hältnis von knapp 5.000 Soldatinnen und Soldaten gegenüber ca. 250 Polizistinnen und Polizisten?

Warum wird nicht offen darüber gesprochen, welche tolle Leistung vor Ort erbracht wird? Gewiss fehlt der Polizeiarbeit auch im Inland die Anerkennung. Die Anerkennung der Öffentlichkeit ist hier zwar gewiss. Doch für die Arbeit in 5.000 km Entfernung fehlen das Wissen, und damit das Verständnis für die Arbeit.

Die parlamentarische Wertschätzung hat noch ein anderer Aspekt. Fehlt es dem Bundestag wirklich an der Zuständigkeit für diesen Polizeieinsatz?

Alle Polizistinnen und Polizisten, die sich an diesen Missionen oder an dem bilateralen Projekt beteiligen, gehen als Angehörige der Bundespolizei ins Ausland. Bisher gibt es keine Antwort darauf, wer für alle verantwortlich ist. Das hat Folgen. Nur ein Beispiel dafür: Ein Kollege bekommt, nachdem er den Smog in Kabul aus Fäkalstaub und Straßendreck überstand hat, eine Möglichkeit der Regeneration. Andere nicht. Die Entscheidung dafür liegt beim entsendenden Bundesland.



POLIZEIEINSATZ IN AFGHANISTAN

Das Projekt „Polizeiaufbau“

Der Polizeiaufbau wird durch zwei Projekte getragen.

Maßgeblich auf deutsche Initiative ins Leben gerufen wurde EUPOL. Deutschland ist hieran mit 44 von 299 internationalen Experten, davon 23 von 169 Polizisten, beteiligt und stellt das größte Kontingent. Inhaltlich widmet sich dies Projekt 6 Prioritäten: Führung und Kommunikation, intelligeneceled policing, Kriminalpolizei, Strategie zur Korruptionsbekämpfung, Zusammenarbeit Polizei-Staatsanwaltschaft, Menschenrechte/Gender.

Das zweite Projekt ist das bilaterale Polizeiprojekt. Hier sind derzeit 200 deutsche Polizeiausbilder eingesetzt – aufgeteilt in Kabul und die Ausbildungsstandorte Mazar-e Sharif, Kunduz und Faisabad im Land. Ihre Arbeit lässt sich grob in die Ausbildung auf Distriktebene, in den Trainingszentren und in die Ausbildungs- und Infrastrukturprojekte

unterteilen. Hierunter fallen insbesondere die Großprojekte Grenzpolizeifakultät an der Polizeiakademie in Kabul, die Hauptquartiere der Verkehrspolizei, der Bereitschaftspolizei und der Grenzpolizei in Kabul oder in der Außenstelle Polizeiakademie in Mazar-e-sharif.

Der Schwerpunkt dieses Engagements liegt in einer Vielzahl von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Die deutschen Polizistinnen und Polizisten setzen Infrastrukturprojekte um und leisten erhebliche Ausstattungshilfen für die afghanische Nationalpolizei und Grenzpolizei.

Immer wieder von zentralem Interesse ist die Polizeiausbildung auf Distriktebene (Focused District Development, FDD). Police Mentoring Teams (bis zu 4 Polizisten und 4 Feldjäger, Sprachmittler) bilden in bis zu 30 ausgewählten Distrikten in der Nordregion Polizisten auf der untersten Verwaltungsebene aus und begleiten diese bis zu einem Jahr in ihrem jeweiligen Distrikt.

Für Polizeiarbeit als Mittel der Außenpolitik

Ziel ist – wie bei jedem deutschen Auslandsengagement –, die Begründung einer nachhaltigen und langfristigen Sicherheitsstruktur in den Missionsgebieten zu schaffen. Die Einheimischen sollen in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich Sicherheit Ordnung und damit Stabilität in ihrem internationalen Umfeld zu gewährleisten.

Ein Vergleich, den die ISAF gerne anführt, ist der zum Kosovo: Würde man die internationale Truppenpräsenz dort auf die Fläche und die Bevölkerungszahl Afghanistans übertragen, müssten der ISAF-Hochrechnung zufolge rund 800.000 Soldaten eingesetzt werden. So wird immer beklagt, es gäbe zwar genügend Soldaten, um die Aufständischen zu vertreiben, aber es fehle an Truppenstärke, um eine Region zu halten. So erklärt sich auch die dezentrale Ausbildung von Polizeikräften. Oder wie es ein Militär

Anzeigen

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste
der GdP
auf einen Blick!

Die schönsten Marathon-
und Laufreisen 2011

Grosse-
Coosmann
Sportreisen

Dubai.....	21.01.2011	Reykjavik.....	20.08.2011
Marrakesch.....	30.01.2011	Chicago.....	09.10.2011
Malta.....	27.02.2011	London 1/2.....	09.10.2011
Tokyo.....	27.02.2011	Mallorca.....	16.10.2011
Rom.....	20.03.2011	Peking.....	23.10.2011
Lissabon 1/2.....	20.03.2011	New York City.....	06.11.2011
Mallorca 1/2.....	20.03.2011	Florenz.....	27.11.2011
NYC 1/2.....	20.03.2011	Honolulu.....	11.12.2011
Dead Sea.....	08.04.2011		
Paris.....	10.04.2011	Runner's World Camp	
Wien.....	17.04.2011	19.02. – 26.02.2011 /	
Boston.....	18.04.2011	26.02. – 05.03.2011	
Two Oceans.....	23.04.2011	05.03. – 12.03.2011 /	
Vancouver.....	01.05.2011	12.03. – 21.03.2011	
Edinburgh.....	22.05.2011	(mit Lissabon 1/2)	
Stockholm.....	28.05.2011		
Rio de Janeiro.....	17.07.2011		

Weitere Reisen auf gro-co.de

Postfach 2766, 48014 Münster | Fon 0251/13326-0,
Fax 0251/13326-10 | info@gro-co.de | www.gro-co.de



BRUNOX®
Waffenpflege ist
- Laufreinigung,
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913

Wir suchen Verstärkung für unser Personenschutz-Team

Voraussetzungen sind u.a. eine Personenschutzqualifikation, eine mehrjährige Berufserfahrung, gute bis sehr gute Englischkenntnisse, Teamfähigkeit und ein einwandfreies Führungszeugnis.

Die Aufgabe erfordert hohe Flexibilität und die Bereitschaft im Raum Wolfsburg wohnhaft zu sein.

Bei Interesse senden Sie Ihre Kontaktdaten mit einer kurzen Vita an folgende Mailadresse:

konzernsicherheit@volkswagen.de



NaturaMed
Fachklinik

- BurnOut
- Lebenskrise
- Depression
- Ängste
- chronische Schmerzen
- Essstörung

Ganzheitsmedizinische
Ursachendiagnose

Psychosomatisches
Privatkrankenhaus
beihilfefähig

0 75 24. 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?
Wir liefern Fahrzeuge aller NAMHAFTER
HERSTELLER zu GÜNSTIGEN
PREISEN.

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77
www.fahrzeugkauf.com

SERVICE
wird bei uns groß geschrieben.



ausdrückte: „Wir gewinnen den Raum und die Polizei durch die Ausbildung das Vertrauen.“

Der Erfolg beim Aufbau in Afghanistan kann aber nur als Ganzes gesehen werden. Er ist die Summe aus funktionsfähigen staatlichen Strukturen, Schulen, Straßen, Kranken- sowie Strom- und Wasserversorgung, Streitkräften und Polizei.

Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit beginnen zu verschwimmen. Aus einem geführten Krieg wird ein gefühlter Frieden.

Die Arbeit vor Ort ist geprägt von der Aufgabenerfüllung. Die Sicherheitsbedürfnisse für die Kolleginnen und Kollegen werden dabei nicht außer Acht gelassen. Staatsgewalt einzurichten und zu erhalten ist zentrale Aufgabe des Aufbaus. Niemand geht dabei ein unnötiges Risiko ein. Aber die Sicherheit ist auch nicht das hauptsächlich Belastende für die Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland; vielmehr belastend ist das Gefühl der unendlichen Ferne bis nach Hause. Hier müssen soziale Betreuungskonzepte ansetzen, an denen es noch immer mangelt.



Kollegen aus an der Polizeiakademie in Kabul mit Sprachmittlern

Für politischen Einfluss auf die Polizeiarbeit

Im Rückblick auf die afghanische Geschichte mit dem Einmarsch der Sowjetunion 1979, deren Vertreibung in 1990, Bürgerkrieg und Taliban-Herrschaft ist dieser Wunsch nur allzu verständlich. Doch es erklärt auch, warum die Polizeiausbildung in diesem Land nicht nur die Vermittlung von handwerklichen Fähigkeiten bedeutet. Sie bedeutet auch Bewusstseinsveränderung. Sie soll das Bewusstsein für die Aufgabe bei den afghanischen Polizistinnen oder Polizisten wecken. Die Ausbildung der Polizei wird somit zum Herzstück des zivilen Aufbaus.

Doch die afghanische Gesellschaft bringt andere Voraussetzungen mit. Die Lage Afghanistans an der Schnittstelle zwischen Westasien, Zentralasien und dem indischen Subkontinent bedingt eine enorme kulturelle Vielfalt. Ein Ausdruck dessen ist auch die Vielzahl unterschiedlichster Volksgruppen. Ethnische Gruppen wie die Paschtunen, Belutschen Tschahar-Aimak oder Turkmenen definieren sich vor allem über ihre Stammesstrukturen. In diesem Zusammenhang wird der Begriff „Stamm“ in Afghanistan positiv für jene

Gemeinschaften verwendet, die sich über einen gemeinsamen Ahnherrn definieren können. Diese Binnenstrukturen von Stammesordnungen, lokalen Führern und Lebenswelt betrachten wir zwar aus einem europäischen Blickwinkel und mit unserem Verständnis von einem Staatsvolk, doch auch die Polizeiausbildung unterliegt nicht



Mario Vandenburg (NRW) vom GPPT (German Police Project Team) zeigt eines der Projekte, für die er mitverantwortlich war: die Grenzpolizeiakademie in Kabul. Fotos: privat

den deutschen Standards. Sie muss die afghanischen Erfordernisse erfüllen. Dies erklärt auch den Zeitbedarf für eine Ausbildung in Afghanistan. Die Bundesregierung hat erklärt, dass das deutsche Engagement über den Zeitraum bis Ende 2012 und darüber 2014 hinaus andauern wird.

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont

Spezialklinik für Verhaltenstherapie
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen
Hochschule Hannover

Chefarzt:
Prof. Dr. med. Dipl.- Psych.
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten Einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Kostenträger:
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666 oder per E-Mail unter: pfkpyrmont@ahg.de

AHG Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/pyrmont
Anschrift: Bombergallee 10, 31812 Bad Pyrmont



POLIZEIEINSATZ IN AFGHANISTAN

Mit einer Debatte über einen beginnenden militärischen Rückzug aus dem Land ist diese Zeitschiene noch nicht vereinbar. Die Sicherstellung des Schutzes der Polizeibeamtinnen und -beamten durch bewaffnete deutsche Sicherheitskräfte ist integraler Bestandteil der Einsatzbedingungen der deutschen Polizei.

Auch in der Debatte um die Verlängerung des Bundeswehrmandates war zu hören, in dem zivil-militärischen Krisenmanagement auf das Militärische zugunsten des Zivilen zu verzichten. Wer diesem Argument folgt, muss erklären, wie er die zivilen Aufbauhelfer und Polizisten schützen und die begonnenen Projekte sichern will.

Die Staatengemeinschaft und die afghanische Regierung haben bei der Londoner Konferenz 2010 eine Zielgröße von 134.000 ausgebildeten Polizisten bis Oktober 2011 vereinbart. Derzeit kann

das afghanische Innenministerium bereits 113.000 Polizisten einsetzen.

Die Ausbilder vor Ort wollen die begonnene Arbeit zu Ende bringen. Sie spüren aber auch, dass sie und ihr Einsatz genutzt werden, um in einem parteipoli-

tischen Streit gegebenenfalls instrumentalisiert zu werden. Hierbei geht es um die Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit des deutschen Handelns für die afghanische Gesellschaft.

Doch viel mehr geht es um die Glaubwürdigkeit einer Arbeit, die mit einem hohen persönlichen Einsatz geleistet wird. Auch dafür gilt die Aufgabe in Afghanistan als Beispiel.

Für den Exportartikel „Polizei“

Der Westen müsse die Herzen und Köpfe der Afghanen dadurch erobern, dass er ihnen eine bessere Zukunft biete. Der allergrößte Teil der Bevölkerung will nichts anderes als Frieden und ein menschenwürdiges Leben.

Deutschland ist seit Anfang des Jahres Mitglied im Weltrechtsrat. Damit verbunden sind auch außenpolitische Zusagen. Der aktuelle Demokratieprozess in

Tunesien, Ägypten oder im Sudan zeigt eine Richtung auf. Die Parlamentarier die dafür deutsch Polizei vorhalten wollen, sind gut beraten, die unter dem Aspekt der persönlichen Belastung jedes Einzelnen und der Behörden, das dem Wahlvolk in Deutschland zu erklären. Ein Kollege formulierte es in Afghanistan so: „Die Bundesregierung will im weltpolitischen Sandkasten mitspielen und uns fehlen die Schaufeln dafür.“

Jörg Radek

„Selten werden Kriege von Menschen gewonnen, selten werden sie von Regierungen verloren.“

Arundhati Roy, indische Buchautorin „Gott der kleinen Dinge“

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWG als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622

Hilfe bei Migräne

Für alle Migräne- und Kopfschmerzpatienten – auch in hoffnungslosen Fällen.
Auch ambulante Behandlung. Wir sind bei allen Kassen zugelassen und beihilfefähig.

» Wir behandeln nach neuesten Erkenntnissen der Kopfschmerzforschung:

- Schulmedizin
- Naturheilverfahren
- Psychotherap. Methoden

» Stressbewältigungstraining
» Informationen und Training zur Selbsthilfe

NEU!
Migräne-CheckUp mit Therapie (1 Woche)

über 30 Jahre
Migräne- und Kopfschmerz-Klinik Königstein
Die Kopfschmerz-Spezialisten

Ölmühlweg 31/DP Tel. 06174.2904-0
D-61462 Königstein/Ts. info@migraene-klinik.de

Infos: www.migraene-klinik.de



Für Studium und Praxis



Kriminalistik

Für Studium, Praxis, Führung

Von **Robert Wehmann** und **Claus-Peter Schuch**.

11. Auflage 2010, 864 Seiten, DIN A 5, Broschur, 29,90 € [D], 52,- sFr. ISBN 978-3-8011-0640-9

Die nunmehr 11. Auflage dieses Buches wartet mit einigen wesentlichen Neuerungen für den Leser auf. Das Buch wurde von Grund

auf überarbeitet und inhaltlich stark erweitert. Die Themenkomplexe Kriminalistik, Kriminaltechnik, Führung, Praxis und Studium sind damit erstmals in einem Kompaktwerk zusammengeführt. Damit ist dieser Band weiterhin eine unverzichtbare Orientierungshilfe für das Selbststudium im Diplom-, Bachelor- und Master-Studiengang, für die Fortbildung und für die polizeiliche Praxis.



Kriminologie

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages** und **Elmar Zimmermann**.

2. Auflage 2010, 384 Seiten, DIN A 5, Broschur, 17,90 € [D], 31,70 sFr. ISBN 978-3-8011-0602-7

Dieses Buch behandelt alle wesentlichen theoretischen Inhalte des Studienfaches Kriminologie. Ergänzt werden die jeweiligen Themenbereiche durch Hinweise

auf die praktische Bedeutung für die polizeiliche Aufgabenerfüllung. In jedem Kapitel findet der Leser eine detaillierte Übersicht zu weiterführender Literatur sowie typische Klausuren mit Lösungen und mögliche Fragen für Fachgespräche oder mündliche Prüfung.



Staat – Verfassung – Politik

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Helmut Dohr**.

20. überarb. und aktualisierte Auflage 2010, 624 Seiten, DIN A 5, Broschur, 26,90 € [D], 47,10 sFr. ISBN 978-3-8011-0633-1

Die Grundrechte in ihrer Funktion als Fundament und Grenze allen staatlichen Tuns und die Verfassungsbindung der Staatsgewalt stehen im Mittelpunkt dieses Lehr- und Studienbuches. Im Spannungsfeld Mensch – Gemeinschaft – Politik legt das Werk damit eine solide Grundlage für die im Polizeiberuf unerlässlichen staats- und verfassungsrechtlichen Kenntnisse.



Strafrecht – Strafverfahrensrecht – Ordnungswidrigkeitenrecht

Lehr- und Arbeitsbuch in praxisbezogener Darstellung

Von **Wolfram Lübke**.

26. Auflage 2010, 680 Seiten, DIN A 5, Broschur, 32,- € [D], 56,- sFr. ISBN 978-3-8011-0632-4

Dieses Buch vermittelt in bewährter Form den kompletten polizeilichen Ausbildungsstoff in den Rechtsgebieten: Strafrecht; Allgemeiner und Besonderer Teil inkl. Verkehrsstraftaten; Strafverfahrensrecht; Allgemeines Eingriffsrecht und Bußgeldbestände. Zahlreiche Exkurse in das Bürgerliche Recht, Zivilrecht und Polizeirecht veranschaulichen zudem wichtige Bezüge zu diesen Rechtsgebieten. Originalfälle des polizeilichen Alltags sichern den besonderen Praxisbezug. Falllösungen zu allen klausurrelevanten Themen ermöglichen die notwendige Kontrolle des Erlernten.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de

Reise & Erholung

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50-90 m², für 2-6 Pers., ab 35 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter Tel. 0 78 23 / 9 65 65, Fax 9 65 66 www.mittelschwarzwald.de Sie werden begeistert sein!

Insel Fehmarn, FeWo, strandnah!
Telefon 0 56 71/12 41 - www.Fehmarn-Entspannen.de

Urlaub auf dem ******Bauernhof im Berchtesgadener Land**, Obb., 5 Fewos, ruhig und sonnig, Mai u. Juli frei, Tel. 0 86 56/8 37, www.obermoarhof.de

Bernau/Chiemsee

FeWo, 2 Zimmer (2-4 Pers.), EBK, Sat/TV, Balkon, 39-42 €, Koll. Brendel, 01 70/2 18 1887 oder rcz777@gmx.de

MAURITIUS

Kollege bietet App.- und Bung.-Anlage, direkt am Meer, ab 32,- €/p. P/Tag, inkl. HP. Tel.: 0 21 58/40 08 05, Fax: 40 46 71 www.mauritius-traumvilla.de

Franken, bei Bamberg, waldrreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 134,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Ferienhaus in Mittelschweden, schwedisches Holzhaus, 60 m², 40 km nördl. des Vätternsees. Ausst.: Waschma./TR., Gefrierschrank, Sat-TV, Angeln, Boot, Naturfreibäder. Preis 300 €/Woche. Tel.: 0 41 54/55 52 o. www.ferienhaus-schweden-koennecke.de

Fehmarn/Ostsee

2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV Preise gem. Saison Telefon: 040/6784581 www.fehmarn4family.de

Büsum - Nordseeküste

gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe. Tel. 0 48 25/2206

Ostsee

Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60-90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise. Tel.: 0 45 63/70 21, Fax: 0 45 63/70 22 jochen.lipke@online.de



Sommer Abenteuer bei uns

TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour, 1x grillen am Lagerfeuer und 2 ÜF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 154,-
www.rafting-oetztal.at / office@rafting-oetztal.at / Tel.: 0043 5252 6721

wasser.craft
rafting canyoning öztal



Sommerpauschale
gültig vom 10. 6. bis 30. 9. 2011

Silvretta-Region Paznauntal

Komfortzimmer m. Balkon, 4-Gang-Wahlmenü, Buffet, Grillparty, Unterhaltungsabend u. v. m.

1 Woche Halbpension ab 250,- €
beheizter Swimming-Pool, neuer Wellness- und Fitnessbereich, Billard, Tischtennis, Nintendo Wii, Internet, Programm f. Kinder u. Jugendl. im Kids Club See, schöne Familiensuiten u. Kinderermäßigungen, gratis Mountainbikeverleih, geführte Wanderung u. Wochenprogramm.
Tipp: **SILVRETTA-CARD** mit vielen Vorteilen
Neu: **Badesee und Freizeitanlage**

Hotel Post ***
Fam. Handle
A - 6553 SEE
Tel. +43-5441-8219
Fax +43-5441-8219-4
www.postsee.at
info@postsee.at



CanKick

Action Abenteuer prickelnd anders

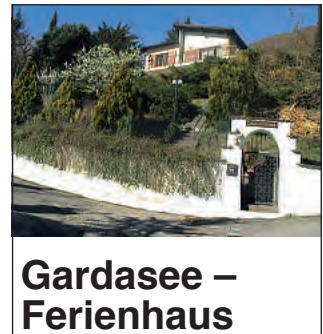
Top Angebot:
Rafting & Canyoning, Grillplatte & Foto-CD, 2 ÜF / Pension DU-WC, pro Person nur € 140,00

www.cankick.at
info@cankick.at
Mob.: +43 (0)664 155 26 81

Nordsee/Halbinsel Eiderstedt (Nähe St. Peter-Ording): Schöne 2-Pers.-NR-FeWo, 65 m², ab 30 €. www.pauls-oldensword.de, Tel. 0 48 64/2 10

TIROL: „Wintertraum“ SEE-ISCHGL
Urgemütliches, freundliches u. sehr komfortables Hotel Garni (FW u. Komfortzimmer) lädt zum Verweilen ein. Schöne Aufenthaltsräume, Tagesbar, Sauna, Softbad, Infrarotkabine, Solarium, Hobbyraum, Massagen usw. machen Sie fit für den nächsten Wintertag. Eines der schönsten Skigebiete der Alpen mit über 360 Pistenkilometern verlangt Ihnen alles ab. Längste Naturrodelbahn Tirols, Winterwanderweg, Schneeschuhwandern, Langlaufen uvm. Gemeinsamer Skipass mit Ischgl, Samnaun, Galtür, Kappl u. See. Pauschalangebote inkl. Unterkunft u. Skipass, stark ermäßigte Preise f. Kollegen u. Familien!
Info: Hotel Garni BERGWELT, A-6553 See 19 Tel.: 00 43-54 41-83 97, Fax: -8397-19
E-Mail: bergwelt@aon.at, Homepage: www.bergwelt-see.at

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de



Gardasee - Ferienhaus

Herrliche Lage, traumhafter Seeblick, mitten im Naturpark „Alto Garda“, eig. Garten, große Terrasse, 2 komfort. Whng. komplett einger. (Sat-TV, Kü./Bad/Zentr.-Heiz.). Wellness können wir Ihnen nicht bieten aber ital. Ambiente und eine Traumlandschaft f. Wanderer, Biker u. Surfer, Baden im See oder Pool. Sie wären nicht der Erste, der immer wiederkommt. Für Polizei u. Angehörige bis 15% Rabatt. Hausprospekt unter:

Tel.: 08 21-9 06 90 42 oder 08 231-8 83 69
Mail: ru-ho@t-online.de
www.casabellavista-Ferienhaus.de

Bayerischer/Oberpfälzer Wald
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60 www.ferienwohnung-gruber.de

Villa in Spanien, ca. 40 km südlich von Alicante, für 5-6 Personen, 900 m² Grundstück, Pool, BBQ, zu vermieten. Tel. 023 03/6 04 42

Zittauer Gebirge - Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollege bietet komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner Jugendstilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23 www.heidehof-jonsdorf.de



© Roger Job

ÄRZTE OHNE GRENZEN hilft Menschen in Not. Helfen Sie mit - durch Ihre Spende oder als Mitarbeiter/in in unseren Projekten.

Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- allgemeine Informationen über ÄRZTE OHNE GRENZEN
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

Name

Geb.-Datum

Straße

PLZ/Ort



ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Bonn
BLZ 380 500 00

11103602



Nach dem „CASTOR“ ist vor dem „CASTOR“

Die Bewältigung des polizeilichen Einsatzes aus Anlass des Castoren-Transports 2010 hat von allen Beteiligten vieles abverlangt. Wir stellen unserer Nachbetrachtung den Dank an all die Versorgungskräfte voran, die trotz aller Widrigkeiten versuchten, die Situation für die Einsatzkräfte zu mildern. Auch den Einsatzkräften sei gedankt – für ihre Leistung, die sie unter den extremen Bedingungen erbracht haben.

Polizeikräfte in Deutschland sind durch ihren täglichen Dienst gewohnt, hohe und höchste Belastungen zu ertragen und ihren gesetzlichen Auftrag hochmotiviert zu erfüllen. Der Einsatzbereitschaft der eingesetzten Kräfte stehen jedoch eine unverhältnismäßige Überlastung bei der Arbeitszeit und unakzeptable Defizite in der Versorgung und Entsorgung im unmittelbaren Einsatzraum gegenüber.

Im Ergebnis des Einsatzverlaufes während des Castoren-Transports 2011 wurde seitens des Landes Niedersachsen bilanziert:

- **8 Festnahmen, 172 Strafverfahren, 1.316 Gewahrsamnahmen, 117 sichergestellte Trecker,**
- **20.000 eingesetzte Polizeikräfte, 131 eingetragene Verletzte,**
- **78 verletzte Demonstranten.**

Die realen Einsatzbedingungen werden durch solche Statistik jedoch außer Acht gelassen. Vielmehr ist erkennbar, dass fehlende Personalstärken durch das Kräfte-Management nicht mehr ausgeglichen werden können.

Es wäre ein Verstoß gegen die Fürsorge, sollte die arbeitszeitliche Überbelastung bereits bei der Einsatzplanung billigend in Kauf genommen worden sein.

Hier ist auch eine Ursache für Kritik im Detail an ausgebliebener Versorgung oder der Unmöglichkeit der Entsorgung.

Eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf das berufliche Selbstverständnis und Selbstwertgefühl von Polizistinnen und Polizisten haben die Erlebnisse im Wendland.

Die Voraussetzungen für das polizeiliche Gegenüber hinsichtlich eines akzeptablen Rahmens wurden schneller geschaffen, als Abhilfe für die während des Einsatzes vorgetragene Kritik durch die unmittelbar eingesetzten eigenen Kräfte (Sanitäreinrichtungen, Versorgung).

Auch Polizistinnen und Polizisten geben ihre Würde und ihr Selbstwertgefühl nicht mit dem Anziehen der Uniform oder des Einsatzanzuges ab.

Gesundheitsschutz

Die Arbeitsbelastung durch den polizeilichen Auftrag war enorm. Der Polizeieinsatz anlässlich des CASTOR-Transportes darf nicht als jährliche einmalige Belastung für die Beschäftigten in der Polizei eingeschätzt werden. Die Arbeitsleistung wird von einem Personalkörper geleistet, der durch die alltägliche Bewältigung der Polizeiarbeit sehr beansprucht ist. Nachgeführte Einsatzkräfte können keine „frischen“ Kräfte sein, weil sie aus anderen Einsätzen zugeführt wurden.

Die Ursachen hierfür liegen in der Personalsituation der Polizei in den Ländern und beim Bund. Die Folgen dafür werden Gesamteinsatzleitung für den Einsatz aufgebürdet und sie soll es richten. Die Folgen für die Gesundheit werden an jeden Einzelnen weitergegeben.

Versorgung/Unterbringung

Im gesamten Themenbereich gibt es auch kein Erkenntnisproblem, sondern ein Vollzugsdefizit. Die PDV 100 legt unter der Ziffer 1.5.3.5 verbindlich fest, dass die Fürsorge für die Beschäftigten zu den Führungsgrundsätzen gehört.

Die Vorschriftenlage ist eindeutig. Es ist offensichtlich nicht hinreichend bekannt, dass „Versorgung“ gem. PDV 100 und LF 150 Führungsaufgabe ist. Der Polizeiführer trägt nicht nur die Verantwortung, sondern entscheidet nach der Beurteilung der Lage über die Versorgung. Unsere Bewertung der Versorgung für diesen Einsatz trennt deutlich zwischen jener in den Objekten und der im Einsatzraum. Einerseits eine hohe Flexibilität und Qualität in den stationären Verpflegungsstellen.

Im Vergleich zu Einsätzen in der Vergangenheit ist jedoch festzustellen, dass „lagebedingt“ die Zuführung der Versorgung erschwert bzw. unmöglich gemacht wurde. Blockaden der Straßen und Wege im Wendland waren also nicht nur ausschließlich Ausdruck des politischen Willens, sondern behinderten die Versorgung

der Einsatzkräfte. Bei diesen kollidierenden Interessen muss es möglich sein, angemessenen Ausgleich zu schaffen. Nichthandeln ist nicht ohne Alternative und beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit der Polizei.

Die Gewerkschaft der Polizei hat in einer Nachbetrachtung des polizeilichen Einsatzes aus Anlass des G 8-Gipfels in Heiligendamm eine Positionsbeschreibung vorgenommen. Sie ist von grundsätzlicher Bedeutung und enthält Lösungsansätze und Forderungen wie:

- 1. Eine PDV entfaltet eine andere Wirkung als ein Leitfaden. Der LF 150 muss zur Vorschrift erhoben werden, um die Verbindlichkeit zu erzeugen.**
- 2. Führungsverantwortung in den Versorgungsfeldern,**
- 3. Erhalt bzw. Wiederbeschaffung von Einsatzküchen,**
- 4. Ausreichende Bereitstellung von Sanitäreinrichtungen.**

Insbesondere der Mangel an Sanitäreinrichtungen im Einsatzraum nimmt menschenverachtende Formen an. Es kann nicht im Interesse des Dienstherren sein, dass Polizistinnen unter medialer Beobachtung ihre Notdurft verrichten.

Eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf das berufliche Selbstverständnis und Selbstwertgefühl von Polizistinnen und Polizisten haben die jeweiligen Erlebnisse im Wendland. Prägend ist aber auch, wie seitens des Arbeitgeber darauf reagiert wird.

Kommunikation

Die Wahrnehmungen von Informationsflüssen hat sich im Medienzeitalter verändert. Die Erwartungshaltung ist gestiegen und nicht immer kann ihr entsprochen werden.

Es ist sicher nicht möglich, alle Beteiligten eines polizeilichen Einsatzes in jeder Phase eines Projektes umfassend zu informieren. Die interne Kommunikation während eines Einsatzes ist dennoch verbesserungswürdig. Im digitalen Medienzeitalter ist es unverständlich, warum über einen „Infokanal“ nicht aufbereitete Informationen gesteuert werden können. Die Öffentlichkeitsarbeit (ÖA) nach außen darf eine nach innen gerichtete ÖA für die Einsatzkräfte über Anlass, Zweck und Ziel des jeweiligen Einsatzes und über den aktuellen Stand der Lageent-



EINSATZAUSWERTUNG

wicklung, vornehmlich Lageverschärfung, nicht vernachlässigen. Der Kommentar zur PDV 100 Ziffer 1.3.1 stellt hierzu fest:

„Die ständige Unterrichtung über den Einsatzverlauf bindet die Kräfte rational und emotional in den Einsatz ein, dies gilt auch für Reservekräfte. Dass bestimmte Einsatzabschnitte oder auch einzelne Beamtinnen und Beamte über Stunden hinweg nicht über die Lageentwicklung informiert sind, ist sowohl ein taktischer, als auch sozial-kommunikativer Fehler.“ Dabei geht es nicht nur um die Bereitstellungen von allgemeinen Informationen sondern auch um die Weitergabe

wichtiger Einsatzinformationen. Diese Kanäle haben ihre besondere Bedeutung für Alarmeinheiten.

Schluss

Die Einsätze seit November 2010 haben gezeigt: Nach dem „CASTOR“ ist vor dem „CASTOR“. Die prägenden Umstände dieses außergewöhnlichen Einsatzes sind in der Vergangenheit häufig Bestandteil gewerkschaftlicher Kritik gewesen. Antworten auf Unterbringungsfragen bedürfen einer frühzeitigen Kommunikation zwischen Objektbetreuern,

Arbeitsmedizinern, Verantwortliche für die Arbeitssicherheit und den Personalräten. Hier sei auf die bekannte Positionsbeschreibung der Gewerkschaft der Polizei „Versorgung im Einsatz“ verwiesen. Sie enthält praktische Anregungen zur Verbesserung der Unterbringung von Polizeikräften.

Die Bedeutung der Haushaltslage für die Personalsituation ist bei diesem Einsatz unübersehbar gewesen. Es wäre ein guter Weg, wieder auf eine Einbindung der Personalräte im Vorfeld eines solchen Großeinsatzes, wie in der Vergangenheit zurück zu kehren. **Jörg Radek**



Im strömenden Regen stehen Polizeieinsatzkräfte bei einer Sitzblockade von Atomkraft-Gegnern im November 2001 in der Nähe des Bahnhofs Hitzacker (Kreis Lüchow-Dannenberg). Foto: Rainer Jenen/dpa

GDP-ERFOLG:

Bereitschaftszeiten sind Dienstzeiten

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat die bisherige Unterscheidung zwischen Einsatz- und Bereitschaftszeiten bei der Polizei als rechtswidrig entschieden. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut dazu: „Wir haben es immer als Unrecht empfunden, dass Polizeibeamte zum Beispiel beim Castor-Transport tage- und nächtelang von zu Hause weg sind und nicht die volle Zeit der Abwesenheit als Dienstzeit

angerechnet bekommen. So erhielten sie die so genannten Ruhezeiten, in denen sie aber jederzeit alarmiert werden konnten, nur zu einem geringen Teil vergütet.“ Es sei aber ein Unterschied, zu Hause ungestört im Bett zu liegen oder auf einer Pritsche in einem Mannschaftscontainer jederzeit in die Stiefel gerufen zu werden.

Die GdP hatte in diesem Musterprozess einen Polizeibeamten unterstützt. Der

Beamte hat in der Berufung vor dem zuständigen Oberverwaltungsgericht Lüneburg am Dienstag, 25. Januar 2011, Recht bekommen.

Witthaut: „Das Urteil hat Signalwirkung, weil überall in der Bundesrepublik bei Großeinsätzen Kolleginnen und Kollegen auch während der Bereitschaftsdienste jederzeit dem Dienstherrn zur Verfügung stehen müssen um sofort ihre Leistung erbringen zu können. Wir fordern deshalb, dass die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern schnellstmöglich diese Entscheidung zu Gunsten unserer Kolleginnen und Kollegen umsetzen.“ **red.**



Polizeitipps, die sich klicken lassen

Von Arzneimittelbetrug bis Zivilcourage: Das Informationsportal der Polizei www.polizei-beratung.de klärt seit vielen Jahren über Erscheinungsformen der Kriminalität auf und gibt Tipps, wie sich Bürgerinnen und Bürger vor kriminellen Machenschaften schützen können. Nun wurde die Internetseite grundlegend überarbeitet und bietet schnelle Information in benutzerfreundlicher Gestaltung.

Seit vielen Jahren ist das Informationsportal der Polizei www.polizei-beratung.de ein wichtiges Element der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit. Das zeigen auch die Zugriffszahlen: Allein im vierten Quartal 2010 wurde die Seite über 1,4 Millionen Mal angeklickt. Um

schnellen Überblick über die vielfältigen Themen des Internetangebots. Auf der Startseite werden aktuelle Hinweise zu Kriminalität und Neuigkeiten über Projekte und Medien der Polizei präsentiert. Die so genannte Zielgruppen-Navigation erleichtert die gezielte Suche nach interessanten Themen:

So können beispielweise Lehrer, Eltern oder Senioren bequem auf Inhalte und Themengebiete zugreifen, die spezifische Informationen für diese Gruppen enthalten. Ausführlich wird der Nutzer auch über kriminalpräventive Aktionen und Initiativen der Polizei informiert – wie über die türkischsprachige Kampagne „El Ele – Hand in Hand gegen Gewalt“.

Die Rubrik „Themen und Tipps“ enthält konkrete Beschreibungen von Kriminalitätsformen – von Anlagebetrug bis Straßenraub. In den einzelnen Beiträgen erfährt der Nutzer

brik „Opferinformationen“ ein. Dahinter verbergen sich zahlreiche Hinweise und Hilfestellungen für Opfer von Straftaten. Ein neu gefasster Bereich „Presse“ ergänzt das Informationsangebot mit aussagekräftigen Bildern und Infografiken sowie weiterem Material für die tägliche Arbeit von Redaktionen.

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) verfolgt das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und durch die Entwicklung und Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten, welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen.

Eine grundlegende Umstrukturierung hat das „Medienangebot“ auf www.polizei-beratung.de erfahren. Anhand einer Auflistung nach Kriminalitätsformen können Interessierte mit nur einem Klick zu den dazugehörigen Medien der Polizeilichen Kriminalprävention gelangen. Ob Broschüre, Faltblatt oder interaktives Angebot – die Vielzahl an Präventionsmedien lässt sich sofort überblicken, bestellen oder downloaden. Für eine ausführliche Recherche steht die Mediensuche nach Thema, Zielgruppe oder Medienart zur Verfügung.

„Trotz vieler Änderungen haben wir bei der Umstrukturierung des Internetangebots auch Bewährtes beibehalten“, erklärt Hammann. Besonders die bundesweite Suche nach Polizeilichen Beratungsstellen wurde erweitert. Die Suchfunktion nach Ort oder Postleitzahl zeigt nunmehr als Ergebnis nicht nur die Anschrift und Telefonnummer der Beratungsstelle an, sondern liefert zugleich einen Stadtplanausschnitt, auf dem die Anlaufstelle verortet ist. „Damit erleichtern wir es den Bürgerinnen und Bürgern, sich bei Fragen sogleich an einen fachkompetenten Ansprechpartner der Polizei in ihrer Nähe wenden zu können“, fügt Hammann hinzu.

Victoria Jerke



Foto: ProPK

dem hohen Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, wurde die Internetseite grundlegend überarbeitet und noch ansprechender gestaltet. „Mit der Aufklärung über Erscheinungsformen der Kriminalität fängt der Schutz vor Straftaten an. Deshalb ist es uns wichtig, mit dem Internetportal www.polizei-beratung.de ein ansprechendes und kostenloses Serviceangebot der Polizei bereitzustellen, das jedem Nutzer bestmögliche Informationen und konkrete, umsetzbare Hilfestellungen bietet“, sagt Prof. Dr. Wolf Hammann, Vorsitzender der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes und Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg. „Mit dieser Internetseite können wir die Bevölkerung auch über neue Formen von Kriminalität aktuell und fundiert informieren und so dazu beitragen, Straftaten zu vermeiden“.

Die klare Struktur ermöglicht einen

alles über die Vorgehensweise der Kriminellen und erhält vor allem leserfreundlich aufbereitete Vorbeugungs-Tipps. Einen besonderen Stellenwert nimmt die Ru-



www.polizei-beratung.de



Keine Toleranz bei Drogenfahrten

Beim 49. Deutschen Verkehrsgerichtstag Ende Januar 2011 in Goslar diskutierten rund 1.600 Experten aktuelle Themen und Verbesserungsbedarf des Verkehrsrechts. Es ging u. a. um Drogendelikte im Verkehr, Tücken bei der Abwicklung von Leasingverträgen, stillschweigend vereinbarte Haftungsbeschränkungen, LKW als Motor der Wirtschaft oder rollende Bombe, Parkraumüberwachung in den Städten sowie Verbesserungen bei der Untersuchung tödlicher Verkehrsunfälle.

Ein Arbeitskreis der diesjährigen Tagung befasste sich mit zwei sehr aktuellen Problemen der Drogenfahrten: Zum einen ging es um die Frage, ob eine

vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis in Betracht kommt. Zum anderen wurde geprüft, wann von einer fahrlässigen Begehung einer Rauschfahrt auszugehen ist. Außerdem wurde eine effektivere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fahrerlaubnisbehörde gefordert, damit den Konsumenten harter Drogen nach einer berauschten Fahrt unverzüglich die Fahrerlaubnis entzogen werden kann.

Ein weiterer Arbeitskreis ging den Fragen nach, ob die bestehenden StVO-Regelungen über den ruhenden Verkehr noch ausreichen und in welchem Maße das Ordnungsrecht die Defizite an verfügbaren Parkflächen verwalten kann.

Obwohl der Standard der heutigen polizeilichen Unfallaufnahme tödlicher Verkehrsunfälle in Deutschland als gut zu bezeichnen ist, bestehen doch erhebliche regionale Unterschiede. Der zuständige Arbeitskreis hat sich sowohl mit verschiedenen Teilaspekten des Themas beschäftigt als auch die Einrichtung einer „Zentralen Registrierstelle für tödliche Verkehrsunfälle“ erörtert.

Peter Schlanstein

Der Autor wird über die wesentlichen Ergebnisse der Tagung in der kommenden Ausgabe näher berichten.

Kapitalmarkt

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung

Sollzins (gebunden) 5,60% 12 Jahre Lauf., effektiver Jahreszins 6,68%

Beispiel: 30-jährige Beamtin Sollzins (gebunden) 6,50%, Laufzeit 20 J., effektiver Jahreszins 7,45%

35.000,- € mtl. 322,90 € inkl. Lebensvers.
60.000,- € mtl. 550,32 € inkl. Lebensvers.

Der Abschluss eines Versicherungsvertrags ist erforderlich. Kosten der Bank: 2% = 700,- € bzw. 1.200,- €, Darlehensnettoertrag 34.300,- € bzw. 58.800,- €

NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.

Info-Büro: 0800 / 77 88 000
vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark, Fax: 05130 / 79 03 95
jaeckel@beamtendarlehen-center.de
www.beamtendarlehen-center.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 0201/22 1348

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100000 €.

- Laufzeit bis 120 Monate
- ohne Auskunft bis 7000 €

45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas international  **Diakonie Katastrophenhilfe** 

Brot für die Welt
Postbank Köln 500 500-500

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de  **0800-040 40 41**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt · Pf. 3136 · 46314 Borken-Wesek

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.

Beamtendarlehen mit *Best-Preis-Garantie*
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscouenter

* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz:
Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.ö.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei uns - bei 12jähriger Laufzeit - (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100,- € Tankgutschein**.

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178190-25
Info@AK-finanzz.de
www.AK-Finanz.de

Angebotsbeispiel:
Außerst günstige Beamten-/Angestellendarlehen, z. B. B.a.L/Angestellte ö.D. unkündbar, 30J. alt, Lfz. 12 J., Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000 € Darlehensnennbetrag, mtl. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000 € = 2%, Darlehensnettoertrag 49.000 €, effektiver Jahreszins 6,66%. Bei 20 J. Lfz. Rate deutlich niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilsverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110%.



Für Studium und Praxis



Strafrecht für Polizeibeamte

Band 1:
Grundlagen und Delikte
gegen die Person

Von **Holger Nitz.**
2. Auflage 2011, 260 Seiten,
16,5 x 24 cm, Broschur,
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0657-7

Band 2:
Delikte gegen das
Vermögen und gegen
Gemeinschaftswerte

Von **Holger Nitz.**
1. Auflage 2010, 303 Seiten,
16,5 x 24 cm, Broschur,
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0647-8

Diese übersichtliche und gut lesbare Darstellung ermöglicht eine schnelle Einarbeitung in den Lehrstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Sie erfüllt alle Anforderungen an ein Lehrbuch für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium in Diplom- und Bachelorstudiengängen.

In Band 1 widmet sich der Autor neben einer Themeneinführung der Straftat und den Delikten gegen Personen. In Band 2 handelt er Delikte gegen das Vermögen sowie Delikte gegen Gemeinschaftswerte ab. Die komplexe Rechtsmaterie ist in beiden Büchern nach polizeilichen Bedürfnissen aufbereitet, ohne prüfungs- und praxisrelevante Bereiche auszuklammern.

Der Autor:

Dr. Holger Nitz, Regierungsdirektor, derzeit Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht im Fachbereich Polizei an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, dort u. a. zuständiger Landesfachkoordinator für Strafrecht.

Ganz legal viel Steuern sparen!



Steuerfibel 2010/2011 für den Polizeibereich

Das Steuersparbuch für alle Polizei-
angehörigen / Sicherheitsbereich
Hrsg. von **Helge Höck.**

31., überarb. Auflage 2010/2011, 256
Seiten, DIN A 5, Broschur. **10,15 Euro**

Steuerbookware für den Polizeibereich*)

Steuer-Software mit Steuerberechnungsprogramm plus Steuerfibel
für den Polizeibereich. **19,80 Euro**

CD-ROM für Betriebssysteme
Windows 2000/XP/Vista/7.

*) Nur erhältlich im Paket mit der Steuerfibel
2010/2011

Speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert werden, ist die Steuerfibel für Polizeibeamte der Klassiker unter den Steuerspezialisten.

Eine programmierte Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommensteuererklärung. Über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile. Immer auf dem neuesten Stand der Gesetzgebung.

*Und wenn Sie schon vorher wissen wollen, was „Vater Staat“ an Sie zurückzahlt – **die Steuerbookware ist die Lösung!***

Paketpreis: 19,80 €



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de

Wieder Freude an Bewegung

Sensomotorische Einlagen von footpower helfen Sportlern ins Gleichgewicht

Die Hüfte schmerzt bereits nach einer kurzen Wandertour, die Knie melden bei lockerem Dauerlauf schon stechende Extremlast. Sportlerbeschwerden sind vielfältig, oft langwierig und nicht selten verderben sie die Freude an körperlicher Bewegung. Sensomotorische Einlagen von footpower können in vielen Fällen schnell und dauerhaft zur schmerzfreien Ausübung sportlicher Aktivitäten verhelfen, wenn Fußfehlstellungen der Grund für körperliche Beschwerden sind.

Die Suche nach dem Übel

Bis die Ursache für chronische oder akute Schmerzen gefunden und bekämpft ist, vergehen häufig Monate, wenn nicht Jahre. Oft wird die Schmerzquelle ausschließlich dort gesucht, wo die Belastung am größten ist. Doch lohnt in vielen Fällen zunächst ein Blick auf das Fundament des Körpers: die Füße. Denn der gesamte Körper muss als funktionale Einheit betrachtet werden.

Von Kopf bis Fuß auf Bewegung eingestellt

Die motorischen Bewegungsausführungen eines Menschen, wie Stehen, Gehen und Laufen, sind erlernt. „Das Zusammenspiel sensorischer Reize und der daraus resultierenden motorischen Reaktion nennt man sensomotorisches System“, erläutert Dr. Matthias Marquardt, Sportmediziner und Autor der Laufbibel. Nach einigen Wiederholungen entwickeln sich die erlernten Bewegungen zu Bewegungsmustern. Dabei spielen sich unbewusst zahlreiche Reaktionen im Körper ab.

Fehlhaltung durch Schonhaltung

Doch es können auch falsche und ungesunde Bewegungsmuster entwickelt werden. „Jeder kennt das, wenn zum Beispiel das Knie schmerzt. Man nimmt unwillkürlich eine scheinbare Schonhaltung ein, um das Knie nicht zu stark zu belasten und den Schmerz zu verringern. Nach einer Zeit schmerzt jedoch das andere Knie oder die Hüfte. Fast immer treten in Kürze Verspannungen im Rücken auf“, so Marquardt. Auch winzige Verschiebungen im Knochen-, Gelenks- oder Sehnen-Muskelapparat der Füße reichen aus, um das gesunde Bewegungsmuster aus der Balance zu bringen.

Zurück ins Gleichgewicht

Um langfristig wieder ins gesunde Bewegungsmuster zurückfinden zu können, braucht das sensomotorische System ein regulierendes Therapieprinzip. Dr. Matthias Marquardt: „Im Gegensatz zu herkömmlichen statischen Einlagen stimulieren sensomotorische Einlagen von footpower das sensomotorische System. Durch unterschiedliche Erhebungen und Vertiefungen im Einlagenrelief wird ein neuer Ist-Zustand im Fuß simuliert. Mit jedem Schritt wird nun wieder eine normale Bewegungsausführung trainiert und eine Überlastung der Gelenke und Muskeln verhindert.“ Sensomotorische Einlagen verfolgen das Ziel, den Körper in seiner Bewegung wieder ins Lot zu rücken.

Individuelle Beratung durch hochqualifizierte Fachkräfte

Kein Fuß ist wie der andere. Eine detaillierte Lauf- und Ganganalyse kann Klarheit verschaffen, ob die Schmerzen auf eine eventuelle Fußfehlstellung zurückzuführen sind. Für footpower sind individuelle Beratung und Betreuung selbstverständlich. In der unternehmenseigenen Akademie wird das Personal intensiv geschult, um eine bestmögliche Versorgung der Patienten gewährleisten zu können. Mit perfekt angepassten sensomotorischen Einlagen kommt auch die Freude an schmerzfreier Bewegung wieder zurück.

Weitere Informationen zum sensomotorischen Einlagensystem unter www.footpower.de.



Schmerzen beim Laufen?



SportsRunner®

korrigieren – wissenschaftlich nachgewiesen – aktiv Fuß-Fehlstellungen und verhindern dadurch Schmerzen beim Laufen. Durch das auf Ihren Fuß individuell angepasste Oberflächendesign der Einlage wird die Koordination der Fuß- und Unterschenkelmuskulatur trainiert und sorgt für einen hervorragenden Tragekomfort.

Laufen Sie schmerzfrei!

SportsRunner® erhalten Sie exklusiv in folgenden footpower Stores:

footpower Gießen
Schiffenberger Weg 115
35394 Gießen
Tel. 06 41/7 41 55

footpower Dortmund
Rheinlanddamm 8 – 10
44139 Dortmund
Tel. 02 31/420 500

footpower Mainz
Hintere Bleiche 19
55116 Mainz
Tel. 0 61 31/22 70 30

Eine komplette Händlerliste finden Sie unter www.footpower.de

footpower erhalten Sie auch in Österreich und der Schweiz. Wir beraten Sie gerne!

foot power®
Ich steh' drauf!

www.footpower.de

Die GdP – Wer ist wo und wie zu finden?



GdP-Bundesvorstand
Bundesvorsitzender:
Bernhard Witthaut
Stellv. Bundesvorsitzende:
Frank Richter, Hugo

Müller, Jörg Radek, Kerstin Philipp

Geschäftsführerin:

Alberdina Körner

Verantwortliche Redakteurin

DEUTSCHE POLIZEI (Bundesteil):

Marion Tetzner

Pressesprecher: Rüdiger Holecek

Kontakt:

Geschäftsstelle Berlin:

Stromstr. 4, 10555 Berlin

Tel.: 030-399921-0

Fax: 030-399921-200

gdp-bund-berlin@gdp-online.de

www.gdp.de

Geschäftsstelle Hilden:

Forststr. 3a,

40721 Hilden

Tel.: 0211-7104-0

Fax: 0211-7104-222

gdp-bund-berlin@gdp-online.de

www.gdp.de



Baden-Württemberg

Landesbezirk Baden-Württemberg

Vorsitzender:

Rüdiger Seidenspinner

Stellv. Vorsitzende: Christina Falk, Lothar Adolf, Hans-Jürgen Kirstein

Geschäftsführer: Ralf Knospe

Landesredakteur: Wolfgang Kircher

Mitgliederverwaltung:

Angelika Burckhardt

Kontakt:

Maybachstr. 2

71735 Eberdingen

Tel.: 07042-879-0

Fax: 07042-879-211

info@gdp-bw.de

www.gdp-bw.de



Landesbezirk Bayern

Vorsitzender:

Helmut Bahr

Stellv. Vorsitzende: Peter Schall, Heike Wunsch,

Carsten Lindemann, Martin Lehner

Geschäftsführer: ohne – Aufgaben werden wahrgenommen von:

Alexander Baschek (Organisationssekretär)

Landesredakteur: Bernd Fink

Mitgliederverwaltung: Astrid Plassmann

Kontakt:

Hansastr. 17

80686 München

Tel.: 089-578388-01

Fax: 089-578388-10

landesbezirk@gdpbayern.de

www.gdpbayern.de



Landesbezirk Berlin

Vorsitzender: Michael Purper

Stellv. Vorsitzende: Michael

Reinke, Kerstin Philipp, Michael

Laube, Detlef Herrmann

Geschäftsführer:

Klaus Eisenreich

Landesredakteur: Michael Laube

Mitgliederverwaltung: Beate Hertel

Kontakt:

Kurfürstenstr. 112

10787 Berlin

Tel.: 030-210004-0

Fax: 030-210004-29

gdp-berlin@gdp-berlin.de

www.gdp-berlin.de



Bezirk Bundespolizei

Vorsitzender:

Josef Scheuring

Stellv. Vorsitzende: Jörg

Radek, Karlfred Hofgesang,

Sven Hüber, Rüdiger Maas

Geschäftsführer: Dr. Hartmut Kühn

Landesredakteur: Martin Schmitt

Mitgliederverwaltung: Irene Kurowski

Kontakt:

Forststr. 3a

40721 Hilden

Tel.: 0211-7104-0

Fax: 0211-7104-555

gdp@gdp-bundespolizei.de

www.gdp-bundespolizei.de

www.gdp-bundesfinanzpolizei.de



Bezirk Bundeskriminalamt

Vorsitzender:

Jürgen Vorbeck

Stellv. Vorsitzende: Arno

Falk, Günter Schlegelmilch,

Andreas Döring, Jürgen

Dillmann

Geschäftsführer: ohne

Landesredakteur: Alexander Gauch

Mitgliederverwaltung: Susanne Steinfatt

Kontakt:

Sonnenberger Str. 83

65191 Wiesbaden

Tel.: 0611-374394

Fax: 0611-309345

gdp-bka@gdp-online.de

www.gdp-bundeskriminalamt.de



Landesbezirk Brandenburg

Vorsitzender:

Andreas Schuster

Stellv. Vorsitzende: Petra

Schäuble, Dr. Andreas Ber-

nig, Josef Göhring,

Frank Schneider (Tarif)

Geschäftsführer: Michael Peckmann

Landesredakteur: Frank Schneider

Mitgliederverwaltung: Silvia Behrendt

Kontakt:

Rudolf-Breitscheid-Str. 64

14482 Potsdam

Tel.: 0331-74732-0

Fax: 0331-74732-99

gdp-brandenburg@gdp-online.de

www.gdp.de/brandenburg



Landesbezirk Bremen

Vorsitzender:

Horst Göbel

Stellv. Vorsitzende: Axel

Kniefs, Heinfried Keithahn,

Reiner Wöbken

Geschäftsführer: ohne – Aufgaben werden wahrgenommen von Dr. Claudia Alb-

recht-Sautter (Gewerkschaftssekretärin)

Landesredakteur: Wolfgang Ahlers

Mitgliederverwaltung: Anne Bauer

Kontakt:

Bgm.-Smidt-Str. 78

28195 Bremen

Tel.: 0421-949585-0

Fax: 0421-949585-9

info@gdp-hb.de

www.gdp-bremen.de



Landesbezirk Hamburg

Vorsitzender: Uwe Koßel

Stellv. Vorsitzende: Gerhard

Kirsch, Holger Stoll, Susanne

Söder

Geschäftsführer: Adrian von

Mitschke-Collande

Landesredakteur: Jörn Clasen

Mitgliederverwaltung: Karin Hopp

Kontakt:

Hindenburgstr. 49

22297 Hamburg

Tel.: 040-280896-0

Fax: 040-280896-18

gdp.hamburg@t-online.de

www.gdp-hamburg.de



Landesbezirk Hessen

Vorsitzender: Jörg Bruch-

müller **Stellv. Vorsitzende:**

Heinz Schiskowsky, Andre-

as Grün, Lothar Hölzgen,

Jörg Schumacher



Die GdP – Wer ist wo und wie zu finden?

Geschäftsführer:

Bernd Kuske-Schmittinger

Landesredakteur: Ewald Gerke

Mitgliederverwaltung:

Regine Hillenbrand

Kontakt:

Wilhelmstr. 60 a

65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-99227-0

Fax: 0611-99227-27

gdphessen@t-online.de

www.gdp.de/Hessen



Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender:

Michael Silkeit

Stellv. Vorsitzende:

Manfred Seegert, Siegmund

Brandt, Christian Schumacher

Geschäftsführer: ohne

Landesredakteur: Marco Bialecki

Mitgliederverwaltung: Axel Joerß

Kontakt:

Platz der Jugend 6

19053 Schwerin

Tel.: 0385-208418-0

Fax: 0385-208418-11

gdpmv@gdp-online.de

www.gdp.de/MV



Niedersachsen

Landesbezirk Niedersachsen

Vorsitzender:

Dietmar Schilff

Stellv. Vorsitzende:

Klaus Dierker, Elke Gündner-Ede, Jörg

Mildhan

Geschäftsführerin: Jana Herzog

Landesredakteur: Uwe Robra

Mitgliederverwaltung:

Sandra Schulz

Kontakt:

Berckhusenstr. 133 a

30625 Hannover

Tel.: 0511-53037-0

Fax: 0511-53 037-50

gdp-niedersachsen@gdponline.de

www.gdp.de/Niedersachsen



Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender:

Frank Richter

Stellv. Vorsitzende: Peter

Hugo, Arnold Plickert,

Brigitte Herrschaft, Werner Dominke

Geschäftsführer: Heinz Rump

Landesredakteur: Stephan Hegger

Mitgliederverwaltung: Mirjam Dasberg,

Angelika Dorprigter

Kontakt:

Gudastr. 5-7

40625 Düsseldorf

Tel.: 0211-29101-0

Fax: 0211-29101-46

info@gdp-nrw.de

www.gdp-nrw.de



Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Vorsitzender:

Ernst Scharbach

Stellv. Vorsitzende:

Bernd Becker, Helmut Knerr, Heinz-

Werner Gabler, Margarethe Relet

Geschäftsführer: Markus Stöhr

Landesredakteur: Bernd Becker

Mitgliederverwaltung: Claudia Cloot

Kontakt:

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15

55129 Mainz

Tel.: 06131-96009-0

Fax: 06131-96009-99

gdp-rheinland-pfalz@gdponline.de

www.gdp-rp.de



Landesbezirk Saarland

Vorsitzender: Hugo Müller

Stellv. Vorsitzende: Rein-

hold Schmitt, Martin Spei-

cher, Ralf Porzell, Wolfgang

Schäfer

Geschäftsführer: ohne – Aufgaben wer-

den wahrgenommen von: Lothar Schmidt

(Gewerkschaftssekretär)

Landesredakteur: Dirk Schnubel

Mitgliederverwaltung: Sylvia Schuhe

Kontakt:

Kaiserstr. 258

66133 Saarbrücken

Tel.: 0681-84124-10

Fax: 0681-84124-15

gdp-saarland@gdp-online.de

www.gdp-saarland.de



Landesbezirk Sachsen

Vorsitzender: Hagen Husgen

Stellv. Vorsitzende: Erik

Berger, Matthias Büschel,

Jörg Günther (Tarif), Torsten

Scheller

Geschäftsführer: ohne – Aufgaben wer-

den wahrgenommen von: Jörg Dressler

(Büroleiter)

Landesredakteur: Matthias Büschel

Mitgliederverwaltung: Heike Lorenz

Kontakt:

Sachsenallee 16

01723 Kesselsdorf

Tel.: 035204-687-11

Fax: 035204-687-50

gdp@sachsen.de

www.gdp-sachsen.de



Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Vorsitzender:

Uwe Petermann

Stellv. Vorsitzende: Liane Bosse (Tarif),

Jürgen Naatz, Lutz Gutewort,

Uwe Spallek

Geschäftsführer:

Landesredakteur: Jens Hüttich

Mitgliederverwaltung: René Liedtke,

Kathrin Jaeger

Kontakt:

Halberstädter Str. 120

39112 Magdeburg

Tel.: 0391-61160-10

Fax: 0391-61160-11

lsa@gdp-online.de

www.gdp-sachsen-anhalt.de



Landesbezirk Schleswig-Holstein

Vorsitzender:

Oliver Malchow

Stellv. Vorsitzende:

Manfred Börner, Andreas

Kropius

Geschäftsführer: Karl-Hermann Rehr

Landesredakteur: Thomas Gründemann

Mitgliederverwaltung: Nicole Jelinsky

Kontakt:

Max-Giese-Straße 22

24116 Kiel

Tel.: 0431-17091

Fax: 0431-17092

gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

www.gdp-sh.de



Landesbezirk Thüringen

Vorsitzender: Marko Grosa

Stellv. Vorsitzende: Edgar

Große, Jürgen Seydewitz,

Marieta Lindner (Tarif)

Geschäftsführer: ohne – Aufgaben wer-

den wahrgenommen von: Monika Pape

(Gewerkschaftssekretär)

Landesredakteur: Edgar Große

Mitgliederverwaltung: Sieglinde Exel

Kontakt:

Juri-Gagarin-Ring 153

99084 Erfurt

Tel.: 0361-59895-0

Fax: 0361-59895-11

gdp-thueringen@gdp-online.de

www.gdp-thueringen.de



Richtigstellung telomax GmbH

Das Buerger-CERT hat in seinem Newsletter „Sicher Informiert“ vom 6.1.2011 einen Bericht unter dem Thema „Nicht zahlen! Telefonabzocker versprechen Kosmetikgutscheine“ veröffentlicht und in diesem Zusammenhang die telomax GmbH als handelnde Person benannt. Hierzu haben wir folgendes richtigzustellen:

Hiermit widerrufen wir unseren Vorwurf eines Betrugs durch die telomax GmbH.

Bei der telomax GmbH handelt es sich um einen reinen Verbindungnetzbetreiber, die gegenüber den Endkunden keine Dienstleistungen erbringt. Die telomax GmbH führt insbesondere keine Telefongespräche mit Endkunden und nimmt von dem konkreten Inhalt solcher Gespräche auch keine Kenntnis. Sie ist für die Tätigkeit von Diensteanbietern nicht verantwortlich. Die telomax GmbH ist lediglich aufgrund bestehender Verträge mit einer Vielzahl von Diensteanbietern dazu verpflichtet, deren Dienste gegenüber Endkunden abzurechnen, wobei auf den Telefonrechnungen in geschäftsüblicher Weise nur die telomax GmbH als Verbindungnetzbetreiber erwähnt wird.

Das Buerger-CERT hat keine eigenen Recherchen zu den fraglichen Umständen angestrengt. Uns lagen auch keine Erkenntnisse dazu vor, ob in den der Abrechnung zugrundeliegenden Telefonaten zwischen den Diensteanbietern und den Endkunden Verträge über die Teilnahme an einem Gewinnspieleintragdienst geschlossen wurden oder nicht, ob also überhaupt ein betrügerisches Verhalten der Diensteanbieter gegenüber den Endkunden vorliegt.

Quelle: Sicher informiert

CeBIT 2011

Vom 1. bis 5. März 2011 findet die CeBIT auf dem Messegelände in Hannover statt. Mit dem neuen Schwerpunktthema „Work and Life with the Cloud“ rückt die weltweit bedeutendste Veranstaltung der digitalen Industrie einen zentralen Wachstumsmarkt im IT-Geschäft in den Mittelpunkt.

Kein IT-Thema wird aktuell so intensiv diskutiert wie Cloud Computing. Führende Experten gehen davon aus, dass sich das Cloud-Konzept in den nächsten Jahren flächendeckend durchsetzen wird.

Neben zahlreichen Fachkongressen, Podiumsdiskussionen, Foren, etc. finden in diesem Jahr zum 4. Mal die CeBIT Global Conferences statt, die an 5 Tagen einen 360° Überblick über die wichtigsten Kernmärkte der digitalen Welt geben: IT- und Telekommunikation, digitale Medien und Consumer Electronics geben.

Die CeBIT Global Conferences finden vom 1.-5. März 2011, täglich von 10-14 Uhr, statt.

Weitere Informationen unter:
www.cebit.de

hmue

Der Begriff Cloud Computing etabliert sich. Er umfasst Internet- und Rechnermöglichkeiten, die jeweils dynamisch an die Erfordernisse von Geschäftsprozessen angepasst werden. Dazu gehört auch die Fähigkeit, komplette Geschäftsprozesse zu auf web-basierenden Systemen zu betreiben und zu managen.

Deutscher Betriebsräte-Preis 2011

Die zentrale Idee des Deutschen Betriebsräte-Preises ist es, der Arbeit von Betriebsräten hohe öffentliche Aufmerksamkeit und verdiente Anerkennung zu verschaffen. Wichtigste Elemente der Auszeichnung sind die offizielle Würdigung vorbildlicher Betriebsratsarbeit und die Unterstützung von Betriebsräten durch die Veröffentlichung ausgezeichneten Projekte.

Die für den Deutschen Betriebsräte-Preis als Auszeichnung für die Preisträger entworfene Plastik steht sinnbildlich für die Arbeit und den Einsatz von Betriebsräten im Interesse der Mitarbeiter. Der Preis ist bewusst nicht mit einem Geldbetrag dotiert.

Die Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ und der Bonner „BetriebsräteTag“ sind die Foren, in denen die ausgezeichneten und nominierten Beiträge dokumentiert und publiziert und von den Beteiligten selbst vorgestellt werden.

Betriebsräte sind herzlich eingeladen, sich am Deutschen Betriebsräte-Preis 2011 zu beteiligen. Mit dem Ausfüllen und Einsenden des Teilnahmebogens ist der erste große Schritt bereits getan.

Einsendeschluss ist der 30.4.2011
Rückfragen unter:
www.deutscherbetriebsraete-preis.de

Christoff Herrmann

Gefährliche Annäherungsversuche per E-Mail

Wie das IT-Sicherheitsunternehmen Panda Security meldet, geben sich Betrüger derzeit per E-Mail als vermeintliche Verehrer aus dem Ausland aus. In den Nachrichten heißt es, man habe ein Foto des Empfängers in einem sozialen Netzwerk gesehen und würde sich gerne mit diesem treffen. Im Anhang sind Bilder von einer attraktiven Frau oder einem attraktiven Mann – je nachdem, ob Frauen oder Männer angeschrieben werden. Wird auf die Mail geantwortet, heißt es, dass die Person gerne zum Treffen nach Deutschland kommen würde, dazu aber finanzielle Unterstützung benötige. Empfänger solcher Mails, sollten darauf auf keinen Fall antworten, sondern die Nachricht umgehend löschen.

Quelle: Sicher informiert

7. Deutschen Zollmeisterschaft in Erfurt

Vom 24. - 25. Juni 2011 messen sich in Erfurt bei der 7. Deutschen Zollmeisterschaft rund 1.500 sportliche Kollegen.

Zum ersten Mal gibt es hierbei für weitere Behörden (u.a. Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Bundeswehr) die Gelegenheit, an den Laufwettbewerben teilzunehmen. Beim abschließenden Sportlerball am 25. Juni 2011 in der Thüringenhalle werden rund

1.500 - 2.000 Sportler, Betreuer und Gäste erwartet.

Weitere Informationen, insbesondere die Anmeldungen zu den Disziplinen und der Abendveranstaltung sind unter www.deutsche-zollsporthilfe.de zu finden. Unter dem Motto „Rendezvous in der Mitte Deutschlands“ hoffen wir während der 7. Deutschen Zollmeisterschaft Erfurt 2011 recht viele begeisterte Menschen anzutreffen.

Deutsche Zollsporthilfe e. V.



Materialien zum Thema jugendliche Mehrfach- und Intensivtäter

Das Bundeskriminalamt hat im November 2010 eine Tagung mit dem Titel „Jugendliche Mehrfach- und Intensivtäter“ in Wiesbaden ausgerichtet. Die Veranstaltung sollte dem Wissenstransfer zwischen kriminologischer Forschung und polizeilicher Praxis dienen. Auf der Homepage des BKA sind nun die Materialien zu den Referaten in gebündelter Form bereitgestellt worden (http://www.bka.de/kriminalwissenschaften/veroeff/inh/sonstiges_pdf/12_24_tagung_mehrfach_intensivtaeter_vortraege.pdf). Neben einer kompakten Beschreibung des wissenschaftlichen Forschungsstandes finden sich auch kurze und nützliche Beschreibungen von Präventionsmaßnahmen aus der Praxis.

Quelle: Polizei-Newsletter Nr. 137

7. Bundesseminar für Polizei, Justiz, Zoll und Bundeswehr

Veranstalter:

Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V. in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Inneren

Ausrichter:

Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V. und Ju-Jutsu-Verband Brandenburg e.V. in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Bereitschaftspolizei

Ort: 16356 Ahrensfelde, Neuer Schwanebecker Weg 3, Bundespolizeiabteilung Blumberg (Nähe von Berlin),

Zeit: 21. - 23. Oktober 2011 (Freitag - Sonntag), Anreise 21.10.11 bis 12 Uhr, Abreise 23.10.11 ab 13 Uhr

Teilnahmeberechtigt:

Vollzugsbeamte der Polizeien des Bundes und der Länder sowie Vollzugsbeamte der Zoll- und Justizbehörden sowie Feldjäger bzw. KSK-Angehörige der Bundeswehr. Die Teilnahme wird dienstlich empfohlen. Bitte unbedingt den Dienstausweis mitbringen und vorzeigen. Weiter Informationen zur Unterbringung, Bezahlung und Anmeldung unter www.djjv.de

Jörg Schmidt

Sammlerbörse für Uniformteile in Berlin

Wann? Sonntag den 20.3.11 und 18.9.11

Wo? LPS, Charlottenburger Chaussee 67, 13597 Berlin

Ansprechpartner? Andreas Skala, Telefon: 03302-228840 oder E-Mail: g.a.skala@t-online.de

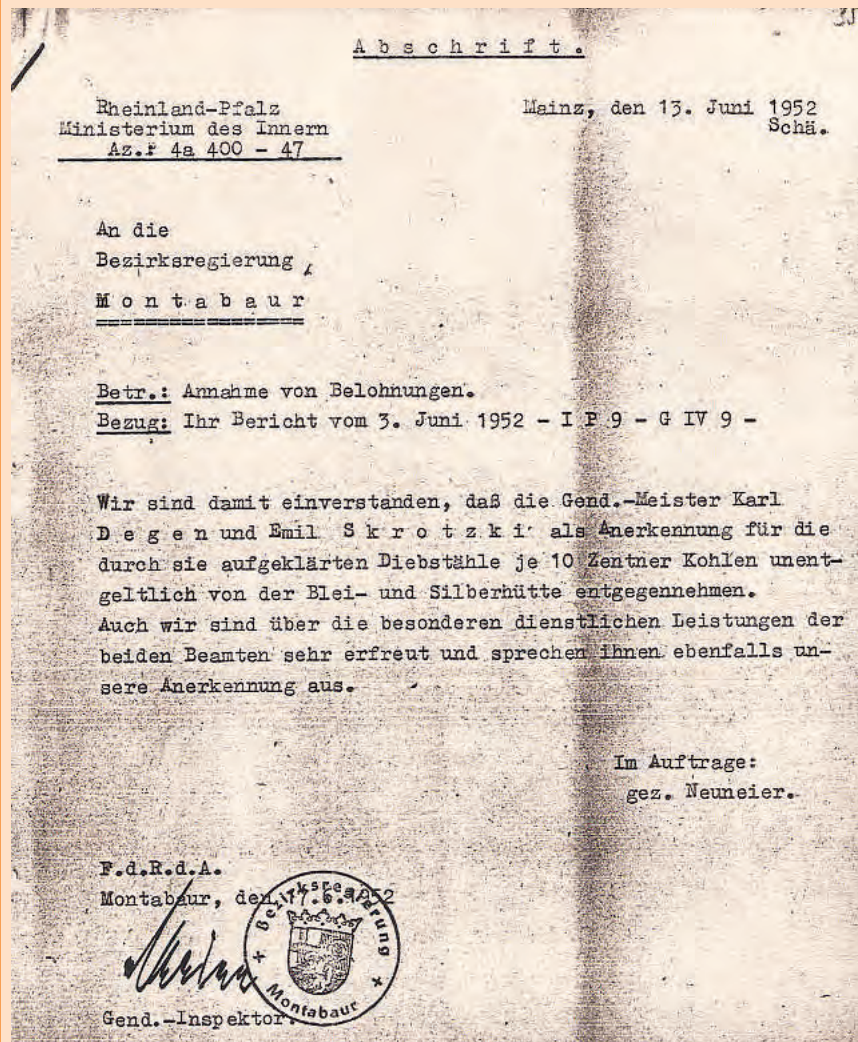
Andreas Skala

FUNDGRUBE

Anerkennung anno 1952

Hier ein von mir archiviertes Dokument meines 1966 verstorbenen Vaters Karl Degen. Er war von 1946 bis zu seiner Pensionierung 1962 Leiter der Gendarmeriestation Braubach, damals Kreis St. Goarshausen, Reg.-Bezirk Montabaur, Rheinland-Pfalz:

Herbert Degen, Neuwied





Erste Weichen sind gestellt

Der Geschäftsführende Bundesjugendvorstand traf sich am Anfang des Jahres zur Klausur in Münster

Wie die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland, so trafen sich auch die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes der JUNGE GRUPPE (GdP) zu ihrer diesjährigen Klausur. Die Messlatte der JUNGE GRUPPE (GdP) liegt hoch, die Bereitschaft aktiver als in den vergangenen

lichen Einsatzkräfte bei Großlagen immer mehr zunimmt, sondern auch eigentliche polizeiliche Aufgaben zu kurz kommen, widmet sich die JUNGE GRUPPE (GdP) ab sofort verstärkt der Situation „der Polizei im Spannungsfeld zwischen Politik und Gesellschaft“. Es ist Fakt, dass der/die

Die JUNGE GRUPPE (GdP) hat es sich zwingend zur Aufgabe gemacht, jungen Polizeibeschäftigten die Möglichkeit zu bieten, Verantwortung für ihren Berufsstand zu übernehmen. „Je mehr junge Polizeibeschäftigte die Arbeit der JUNGE GRUPPE (GdP) unterstützen, umso wahrscheinlicher wird die Möglichkeit der politischen Einflussnahme und die Veränderung des Status quo. Denn nur gemeinsam sind wir stark“, so die Bundesjugendvorsitzende Sabrina Kunz.

Torsten Rohde



Der Geschäftsführende Bundesjugendvorstand diskutierte u.a. über die zunehmende Pufferfunktion der Polizei zwischen Politik und Gesellschaft.
Foto: Rohde

Jahren zu sein, wurde auf dem Bundeskongress bereits angekündigt. Jetzt geht es an die Umsetzung. Doch bevor hochgesteckte Ziele erreicht werden können, müssen Grundlagen geschaffen sein. Die bundesweite Vernetzung der JUNGE GRUPPE (GdP) ist das vorrangige Ziel. Denn nur wenn miteinander konstruktiv agiert wird und jeder den gleichen Informationsstand besitzt, kann die JUNGE GRUPPE (GdP) ihre Ziele auch in die Tat umsetzen. Einen ersten kleinen Schritt hat die JUNGE GRUPPE (GdP) in diese Richtung bereits getan. Ab sofort ist die Erreichbarkeit eines jeden JUNGE GRUPPE (GdP)-Bezirks per E-Mail sichergestellt und auf der Homepage unter www.gdpjg.de einzusehen. Länderspezifische Fragen und Antworten, sowie die bundesweite Streuung von Informationen sind somit ab sofort in jedem Bezirk gewährleistet. Über die organisatorischen Grundlagen hinaus gilt es jedoch, verstärkt politisch aktiv zu werden.

Aktuell zeigt es sich vermehrt, dass die Polizei immer häufiger als Puffer zwischen Politik und Gesellschaft herangezogen wird. Das ist nicht die Aufgabe der Polizei. Da damit nicht nur die Belastung der polizei-

Polizeibeamte/in bei Ausübung seines/ihrer Berufes immer mehr zum Aggressionskompensator einer politischen Entscheidung überdrüssigen Gesellschaftsklientel verkommt und der Freund und Helfer immer mehr in den Hintergrund tritt. Hier sieht die JUNGE GRUPPE (GdP) einen eindeutigen Handlungsbedarf. Sowohl der diesjährige Deutsche Evangelische Kirchentag in Dresden als auch die vom 25. bis 27. Mai stattfindende zentrale Arbeitstagung sind für die JUNGE GRUPPE (GdP) die geeigneten Plattformen, um das Thema weiter aufzubereiten und nach außen zu kommunizieren.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) ist sich einig: Ziviler Ungehorsam ist und bleibt der falsche Weg! Um junge Menschen von nationalsozialistischen und anderen extremistischen Sichtweisen abzubringen, ist mehr erforderlich, als nur die Blockade legaler Demonstrationen züge. Auch hier sieht sich die JUNGE GRUPPE (GdP) zukünftig vermehrt in der Verantwortung, um gemeinsam mit den Mitgliedschaftsgewerkschaften im DGB andere Protest- und Aufklärungsformen zu finden, als den immer mehr zum Leidwesen der Polizei zunehmenden zivilen Ungehorsam.

Seminarprogramm 2011

Im diesjährigen Seminarprogramm der JUNGE GRUPPE (GdP) stehen noch wenige freie Plätze zur Verfügung. Also meldet Euch schnell noch bei einem der begehrten Seminare der JUNGE GRUPPE (GdP) an.

Fit im Job: Das etwas andere Sportseminar – sportwissenschaftliche Anleitung und bestmögliche Trainingsbedingungen sind nur zwei Aspekte, die dieses Seminar zu einem wahren Erlebnis werden lassen.

Lindow vom 14. bis 17. Juni 2011

Europaseminar in Belfast – der neue Terrorismus ist allgegenwärtig: Der Terrorismus ist in europäischen Breitengraden keine Neuerscheinung, aber etwas hat sich verändert. Dies und vieles mehr gilt es bei diesem Seminar zu beantworten. Und Belfast hat seine ganz eigene Geschichte, die dieses Seminar so interessant werden lässt.

Belfast vom 26. September bis 1. Oktober 2011

Der Polizeibeamte als Zeuge vor Gericht: Eine für eine/n Polizeibeamtin/en ungewöhnliche Situation, die aber schnell große Auswirkungen auf den Strafprozess und einen selber haben kann. In diesem Seminar steht der Schutz des/der Polizisten/in im Vordergrund, es soll helfen, kleine Fehler im Strafprozess zu vermeiden und auf die möglichen Folgen hinweisen.

Karlsruhe vom 24. bis 26. November 2011

Die Anmeldung erfolgt unter www.gdpjg.de. Fragen können jederzeit per E-Mail an trohde@gdp-online oder Tel. 030/399921-105 gestellt werden.



Blockadeaktionen – unreifer Aktionismus zu Lasten der Polizei

Der wirksamste Protest gegen die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts ist nach Überzeugung der JUNGE GRUPPE (GdP) nicht die Blockade von Demonstrationen, sondern vielmehr Bildung und Aufklärung. Nur ein gebildeter und aufgeklärter Mensch, der sich kritisch zur Welt und zu seinen Mitmenschen in Beziehung setzt, kann den Gefahren des nationalsozialistischen Gedankenguts kraftvoll entgegen treten. Der erneute Aufruf von Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden zu Blockadeaktionen, wie zum Beispiel für den 19. Februar in Dresden geschehen, ist nach Meinung der JUNGE GRUPPE (GdP) lediglich unreifer Aktionismus, der an der Entstehung und Verbreitung menschenrechtsverachtender ideologischer Vorstellungen kaum etwas verändert und sich nicht wirksam auf die Zurückdrängung nationalsozialistischer Entwicklungstendenzen auswirkt. Lediglich die zeitliche Verzögerung, bestenfalls die Auflösung, einer nach geltendem Verfassungs- und Versammlungsrecht genehmigten Demonstration, wäre als erreichtes Ziel zu verzeichnen. Die eigentliche Zielsetzung des wirkungsvollen und nachhaltigen Zurückdrängens nationalsozialistischer Wucherungen sieht die JUNGE GRUPPE (GdP) auf diese Weise jedoch nicht gegeben. Möglicherweise sind solche – zusätzlich durch hochrangige Politiker begleitete und teilweise sogar initiierte – illegalen Blockadeaktionen sogar eher fehlals zielführend, da sie junge Menschen unter der Prämisse „Richtiges zu tun“ für rechtswidrige Aktionen heranziehen und ihnen falsche Signale vermitteln.

Dass solche Blockadeaktionen – unabhängig davon, ob sie gesellschaftlich legitimiert zu sein scheinen oder nicht – zudem den Tatbestand der Nötigung erfüllen oder eine Versammlungsstraftat sein können und deshalb illegal wären, wird häufig leider nur unzulänglich betrachtet. Nach Meinung der JUNGE GRUPPE (GdP) ist es zwingend erforderlich, der Gesellschaft ein Mittel an die Hand zu geben, das effektiv, rechtlich legal und nachhaltig die Gefahren radikaler und extremistischer Gruppierungen und Strukturen bestenfalls bereits in deren Anfängen blockiert. Bildung und Aufklärung stellen hier sicherlich sehr geeignete Mittel dar. Die emotionale Nachvollziehbarkeit des Blockierens von Demonstrationen mit rassistischem Hintergrund ist seitens der JUNGE GRUPPE (GdP) unbestritten und ist u.a. in der beschämenden nationalsozialistischen

Vergangenheit Deutschlands begründet. Insbesondere das menschenverachtende Vorgehen solcher extremistischen und fehlgeprägten Vereinigungen fordert jeden und insbesondere die deutsche Bevölkerung dazu auf, permanent gegen erneut aufkeimende nationalsozialistische und faschistische Strömungen initiativ zu werden.

Das Demonstrationsrecht ist ein Recht der Minderheit und kann auch bei politisch verachtenswerten Aufzügen von Rechtsextremisten keine Ausnahme machen. Die Polizei hat keine Wahl. Sie steht für die Einhaltung der rechtlichen Ordnung und die Wahrung verfassungsrechtlicher Freiheiten und muss daher das Recht der Rechtsextremisten auf Demonstration durchsetzen. Leider wird dieser Aspekt nur zu selten in das Kalkül der Blockierer mit einbezogen. Die Polizistinnen und Polizisten werden viel zu sehr als Gegner betrachtet, sogar als Teil einer Institution, der gewissermaßen die Nazis als Kollaborateur schützt. Diese Einschätzung kann und darf nicht geteilt werden, da hier nicht nur der demonstrierende Personenkreis, sondern auch die freiheitlichen Grundrechte geschützt werden, die immerhin die höchsten Güter unserer Gesellschaft darstellen.

Demonstrationen gegen die Verbreitung nationalsozialistischer Ideologien sind wichtig und zwingend notwendig, jedoch sollten sie legal erfolgen und als Vorbild für folgende Generationen gelten. Um die Gefahr der Verbreitung nationalsozialistischer Vorstellungen permanent Einhalt zu gebieten, sind effektive und effizientere Maßnahmen von Nöten, die mehr in Konfrontationen mit der eigenen Vergangenheit und einem zunehmenden gesellschaftlichen Wohlstands zu suchen sind, als in vereinzelten Blockadeaktionen. Die Bedingung der Möglichkeit eines nachhaltigen Protests heißt in jedem Fall Bildung!

Torsten Rohde

Mitteldeutscher GdP-Kart-Cup 2011
09.04.2011

3-Stunden Rennen plus Qualifying auf einer der größten Indoor Kartbahnen Deutschlands

Anmeldung erforderlich! Nähere Informationen zum Rennen und das Anmeldeformular findet ihr auf der Homepage: www.kart-hunter.de
Ausrichter sind die Landesjugendverbände der JUNGE GRUPPE (GdP) Bundeskriminalamt, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Anfragen an den Rennkoordinator bitte unter: Kart@Hunter-Racing.de

IMPRESSUM:
Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21- 105;
Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdpjg.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz

JUNGE GRUPPE



Bußgeld im Ausland

Bisher konnten im EU-Ausland verhängte Bußgeldbescheide grundsätzlich (Ausnahme: Österreich) nur im Tatortland vollstreckt werden. Nach dem „EU-Rahmenbeschluss über gegenseitige Vollstreckung von Geldsanktionen“, der noch vor Ende 2010 auch in Deutschland umgesetzt wird und in Kraft tritt, können ausländische Geldstrafen und Bußen wegen Verkehrsverstößen dann auch hier eingetrieben werden.

Dieser dramatischen Änderung der Rechtslage im deutschen und europäischen Raum und dem damit verbundenen erhöhten anwaltlichen Beratungsbedarf wird in der 3. Auflage von „Bußgeld im Ausland“ voll Rechnung getragen. Gleichzeitig ist die Anzahl der behandelten Länder auf über 20 mehr als verdoppelt und der Buchumfang auf rund 600 Seiten erweitert worden. Die bisherigen zehn Länderkapitel wurden aktualisiert und ergänzt. Das Buch enthält erstmals auch ein Deutschland-Kapitel.

Dem Werk wurde ein Allgemeiner Teil „Internationales und Europäisches Recht“ vorangestellt; dieser informiert über wichtige zwischenstaatliche Abkommen und Rechtshilfevereinbarungen. Der Anhang enthält Gesetzesauszüge, Übersichten und Tabellen, die das hochaktuelle Werk vervollständigen.

Allen Anwälten, die in internationalen Bußgeld- und Verkehrsstrafsachen Mandanten beraten und verteidigen müssen, wird dieses Buch kompetente Hilfe bieten, ebenso den mit ausländischem Verkehrsrecht befassten Behörden, Gerichten und

Rechtsschutzversicherungen. Nicht zuletzt wird es betroffenen Kraftfahrern viele offene Fragen klären helfen.

Bußgeld im Ausland – Verfolgung und Vollstreckung nach Straßenverkehrsverstößen, Hermann Neidhart, Michael Nissen, Deutscher Anwaltverlag, 3. Auflage 2010, 772 Seiten, 49 Euro, ISBN 9783824007646

Lebensgefährliche Situationen als polizeiliche Herausforderungen

In diesem Buch stehen lebensbedrohliche Polizeieinsätze im Mittelpunkt. Sie erfordern einen professionellen Umgang mit besonderen Ereignissen und Grenzbelastungen.

Analysen der jüngsten lagen ergeben Richtwerte für aktuelle Einsatzanforderungen. Die daraus resultierenden Belastungsgrößen werden in diesem Buch mit ihren psychomentalen Auswirkungen auf die Polizeikräfte vorgestellt. Konsequenzen münden in einsatznahe Ausbildungsempfehlungen, die am Ende jeden Kapitels zu finden sind. Zentrales Anliegen der Autoren ist die Reduzierung der polizeilichen Einsatzkrisen.

Die einzelnen Kapitel mit zahlreichen aktuellen Beispielen können unabhängig voneinander gelesen werden. Ihre Inhalte sind so angelegt, dass sie für die verschiedenen Auftragsgebiete der Polizei verwertbar sind.

Lebensgefährliche Situationen als polizeiliche Herausforderung, Dietrich Ungerer, Jörn Ungerer, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2008, 227 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-86676-047-9

Das deutsche Parlament

Die Geschichte der parlamentarischen Demokratie in Deutschland wird in diesem Buch von ihren Anfängen – Paulskirche 1848 – bis hin zur Gegenwart in zahlreichen



Abbildungen und Texten dargestellt. Spezielle Kapitel befassen sich mit der Architekturgeschichte des Reichstagsgebäudes und mit dem neuen Parlamentsviertel in Berlin.

Die fünf Beiträge sind durchweg nüchtern-sachlich im Ton gehalten. Sie erlauben interessierten Lesern einen Einblick in den Bundestag, seine Geschichte, seine Vorläufer und seine Architektur. Durch die vielen Abbildungen regt das Buch zudem zum Durchblättern an. Es ist auch in seiner Aufmachung ein repräsentativer Band, der sich aufgrund der Auswahl an zeitgenössischen Fotos und der soliden Grundlagentexte durchaus auch für einen fortgeschrittenen Kenner des Parlaments eignet.

Das deutsche Parlament, Manfred Görtemaker, Everhard Holtmann, Wolfgang Ismayr, Michael Cullen, Volkmar Wagner, Georga Rauer, eine Veröffentlichung des Deutschen Bundestages herausgegeben von Edmund Budrich, 6. Auflage, 2010, Großband, 235 x 280 mm, 372 Seiten, 39,90 Euro, ISBN 978-3-86649-280-6



Deutsche **Polizei**

Nr. 3 • 60. Jahrgang 2011 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon: (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandete Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: Martin Oeser/ddp Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011



Druckauflage dieser Ausgabe:
176.912 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

